

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festhalten nur wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.- M., bei sonstigen Postbezugs monatlich 4.50 M., bei Zustellung unter Umständen für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Post 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Druckerei: Die „Freiheit“ Druckerei, Kommandantenstraße 10, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2593 und 2594.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hilfe für Petersburg.

Trozkis Zuversicht.

Amsterdam, 22. Oktober.

Nach Robtsonmeldung englischer Blätter erklärte Trozki, die Armee, die Petersburg verteidigte, hielt den ersten Schlag nicht aus und Petersburg sei mit der Gefahr Petersburg werde nicht fallen. Für seine Verteidigung werden im Lande genügend Kräfte gefunden. Zu dem Zweck glückte ein Kavalleriekorps. Es seien Truppen unterwegs, um Petersburg zu helfen.

Von den bolschewistischen Fronten.

Göteborg, 21. Oktober.

Die russische Nordwestarmee machte am der Küste Fortschritte, trotz aber bei Suikow (üblich von Petersburg) auf starken bolschewistischen Widerstand. Zwischen Suikow und Krasnojarsk eine ernsthafte Verteidigung; aus Krasnojarsk machten sie einen heftigen Ausfall. Zwischen Krasnojarsk und Suga hat ein neuer Vorstoß der Weißen Armee begonnen. In der Richtung auf Krasnojarsk wurden mehrere bolschewistische Fronten.

Göteborg, 21. Oktober.

Die finnische Regierung hat die Randstaaten benachrichtigt, daß Finnland an den Friedensverhandlungen mit Rußland nicht teilnehmen werde. Der Reichstag beschloß heute in geheimer Sitzung die Frage einer möglichen Teilnahme Finnlands am Kampf gegen die Bolschewisten.

Göteborg, 22. Oktober.

Die Regierung hat auf eine Plenarberatung des Reichstages über die Teilnahme Finnlands an der Befreiung der Bolschewisten vorläufig verzichtet, nachdem eine Besprechung der Parteiführer keine sichere Mehrheit für das Unternehmen ergab.

Die Nordwestarmee behält die Einkäufe von Jarskoje Selo und Pawlowsk. Das Bombardement von Kronstadt durch die englisch-französische Flotte sei von größter Heftigkeit. In Petersburg wüthete der Terror. Die Bolschewisten erwiderten gegenwärtig die russische Wälfischerei. Vor Petersburg dauerte der bolschewistische Widerstand an. Von Krasnojarsk mehrere Regimenter Verhärterung angelangt. In Krasnojarsk befinden sich laut Aussage von Gefangenen fünf Regimenter und ein Kavallerieregiment.

H.N. Göteborg, 22. Oktober.

Das Auswärtige Amt hat dem Obersten Rat der Alliierten mitgeteilt, daß Finnland sich mit der Blockade des Baltikums bezieht. Sowjetrußlands einverleiben erklärt.

Kwaloff winkelt.

Alban, 20. Oktober.

Oberst Kwaloff, Vermont hat Marshall hoch gehalten, zu intervenieren, um unnützes Vergleichen von russischem Blut zu verhindern und gleichzeitig dringend um Entsendung einer Kommission zu seiner Armee ersucht. In seine Bitte schließt er einen Appell an Frankreich, ihm bei der endgültigen Verweisung des Bolschewismus und bei der Errettung seines Vaterlandes aus Anarchie und Elend zu helfen.

Göteborg, 21. Oktober.

Nach Meldung aus Wien dauern die russisch-österreichischen Kämpfe fort. Die Russen beschossen den Ort und Wittertschitz von Wiga.

Zwangsvollherung gegen Arbeitslosigkeit in England.

Amsterdam, 22. Oktober.

„The Times“ meldet, daß dem Parlament die letzterste der „Times“ zufolge die britische Regierung einen Gesetzesentwurf vorbereitet, der die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Grundlage eines allgemeinen Vertrages vorsieht. Auf diese Weise hofft die Regierung, das schwierige Problem der Arbeitslosenunterstützung, das dem Wohlfahrtsschatz Geld kostet, zu lösen.

Beendigung des New-Yorker Hafnarbeiterstreiks.

London, 22. Oktober.

Aus New York wird gemeldet: Die streikenden Hafen- und Transportarbeiter beschloßen, die Entscheidung des Schlichtungsausschusses des Schiffahrtsamtes anzunehmen und demzufolge heute früh die Arbeit wieder aufnehmen.

men und demzufolge heute früh die Arbeit wieder aufnehmen.

H.N. New York, 22. Oktober.

Der Präsident des Stahlwerks Gary erklärte, weder mit einem Schiedsgericht zur Beilegung des Streiks noch mit einem Kompromiß einverstanden sein zu können, da hierdurch die Industrie wesentlich geschädigt werden würde.

Beschwendung und Sparsamkeit.

Während der existierenden Bevölkerung von der Regierung gepöbeln wird, daß sie arbeiten, hungern und Starben lassen müsse, damit das Deutsche Reich wieder zur alten Größe gelange, treibt dieselbe Regierung die unglaubliche Verschwendung mit Staatsmitteln. Wie in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurde, sollen für den Bau eines Hauses für den Herrn Reichspräsidenten 22 Millionen Mark ausgegeben werden, daneben noch 20½ Millionen Mark für den Bau eines Hauses für das Reichspräsidentenamt. Die Kosten von Präsidentschaften müssen sich mit den gewöhnlichen Unternehmungen vergleichen, wenn sie nicht vollständig obdachlos werden wollen. Für den Präsidenten und für eine Behörde begeben sollen jetzt die kostspieligsten Neubauten aufgeführt werden. Wenn schon der Präsident ein fürstliches Leben führen soll, so könnte doch dafür gesorgt werden, daß von den vielen Schlössern und anderen Gebäuden, in denen die Organisationen der Reichswehr und andere gegenrevolutionäre Unternehmungen untergebracht sind, für diesen Zweck ebenso wie für Wohnungssuchende Behörden bereit gestellt werden!

In derselben Sitzung befaßte man sich mit den Vorgängen in den Spandauer Staatsbetrieben. Unsere Genossen Brühl und Hubert nahmen sich der Tausende von Arbeitern an, die dort aus Sparmaßregeln entlassen worden sind. Sie kritisierten das System der „demokratischen“ Regierung, die es billigt, daß Arbeiter, die sich zur Unabhängigen Sozialdemokratie bekennen, nicht mehr in die Betriebe hineingelassen werden. Der Reichssozialist Stahl, der als Staatskommissar die Maßnahmen beantragt und gebilligt hat, bemühte sich vergeblich, die schweren Anschuldigungen gegen diese Politik zu entkräften.

Die deutsche Delegation zur Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Als Führer der deutschen Delegation der Washingtoner Arbeiterkonferenz ist der frühere Staatssekretär Dr. August Müller in Aussicht genommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird durch seinen 2. Vorsitzenden Grafmann vertreten sein. Auch die Christlichen und Kirch- und Arbeitervereine schicken je einen Delegierten. Als Sachverständige für die Arbeiterinnenfragen wird die rechtssozialistische Abgeordnete der Preussischen Landtagsversammlung Frau Hanna der Delegation angehören. Der Vertreter der Unternehmer ist noch nicht bestimmt; Herr v. Borzigt hat eine Teilnahme abgelehnt.

Internationaler Kongreß der Kriegsteilnehmer und Kriegeropfer.

Wie die „Sentinelle“, das sozialistische Organ der französischen Schweiz, mitteilt, hat die deutsch-französische und internationale Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer den Beschluß gefaßt, vom 15. bis 18. Dezember d. J. eine internationale Konferenz aller Kriegsteilnehmer und Kriegeropfer abzuhalten. Die Konferenz wird sich mit folgenden drei Fragen beschäftigen:

1. Die Internationale der Opfer des Krieges;
2. Internationale Aktion gegen den Militarismus;
3. Politische Aktion der ehemaligen Kriegsteilnehmer für die allgemeine Abrüstung.

Das Sekretariat der genannten internationalen Vereinigung bittet alle sozialistischen, pazifistischen und antimilitaristischen Vereinigungen und Gruppen ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegeropfer (Witwen, Waisen usw.) eine möglichst große Anzahl Vertreter zu der Konferenz zu entsenden und ihren Beitritt zur internationalen Vereinigung zu erklären. Zuschriften an das Sekretariat de l'Association Internationale des anciens combattants, Moulins, France, Case postale 866.

Unklarheiten und Widersprüche.

rd. Verhandlungen, wie sie gegenwärtig vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß geführt werden, sind nach Form und Inhalt so sehr wider den konservativen Geist, daß man es verstehen kann, wenn der deutsch-amerikanische Vorsitzende hin und wieder kein Unbehagen nicht ganz verbergen kann und bestimmte Fragen an den Zeugen am liebsten ausscheiden möchte. So meinte er gestern, es führe zu weit, wenn der Genosse Oskar Cohn das Verhalten der deutschen Militär- und Marineattachés in Amerika während des Krieges einer noch genaueren Prüfung unterziehe, obwohl doch die Umtriebe der Agenten, die im Dienste dieser Stellen standen, ungeheuer viel dazu beigetragen haben, das amerikanische Volk gegen Deutschland einzunehmen und damit die Friedensbemühungen Wilsons zu erschweren.

Aber auch wenn nicht alles gefragt wurde, was in diesem Zusammenhang hätte gefragt werden können, so haben doch die Untersuchungen genügend Material über die erwähnten Aktionen ergeben, und der Bericht des Abgeordneten Warmuth, die deutsche Regierung von der Schuld an Sabotagefällen usw. freizusprechen, sei eine Art von einseitiger ironischer Bemerkung des Grafen Bernstorff, man wisse nicht recht, was unter der deutschen Regierung zu verstehen sei. Entlastet wurde schließlich nur das Auswärtige Amt. Aber diesen ist ja auch niemals ein Vorwurf in dieser Richtung gemacht worden, da man nicht weiß, daß im Kleinen wie im Großen die politischen Stellen den militärischen untergeordnet waren.

Herr Warmuth machte dann noch einen weiteren Versuch, die deutsche Kriegspolitik zu rechtfertigen, indem er es als selbstverständlich hinstellte, daß man in Berlin stets eine Annexion Belgiens abgelehnt habe. Durch das Abspringen der Erörterung auf andere Gebiete wurde einstweilen eine Klärung dieser Auffassung, die das alte Spiel mit dem Begriff der Annexionen fortsetzt, unmöglich gemacht. Vielleicht bietet sich in dem weiteren Verlauf Gelegenheit, darauf zurückzukommen, wenn auch kaum zu erwarten ist, daß solche Rückfälle in die Denkweise der Kriegsjahre besonders Unheil anrichten können. Zu allem Überflus hat ja der ehemalige deutsche Botschafter in Washington keinen Zweifel daran gelassen, daß Wilson die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens jederzeit als die selbstverständliche Vorbedingung eines Friedensschlusses betrachtete, und daß er diese Bedingung durch die Antwort, die auf seine Note vom Dezember 1918 ergangen ist, keineswegs als erfüllt ansehen konnte.

Diese Note, ihre Vorgeschichte und ihr Sinn stand am Dienstag im Mittelpunkt der Debatte. Bislang aber sind noch eine Reihe von Fragen, die mit ihr zusammenhängen, völlig ungeklärt, und man wird die weitere Vernehmung des Grafen Bernstorff sowie die Aussagen des Herrn von Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs Zimmermann abwarten müssen, bevor man ein zuverlässiges Bild gewinnt. Noch wissen wir nicht, worum der Friedensnote Wilsons der Stein des deutschen Friedensangebotes in dem Weg gewälzt worden ist. Noch ist es durchaus unklar, ob Deutschland mit der Antwort, die es am 23. Dezember 1918 an Amerika richtete, den Vermittlungsversuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten endgültig abturn wollte, oder ob es nach auf weitere Anregungen von dieser Seite wartete.

Bernstorff hat heute eine andere Auffassung der Dinge als seinerzeit in Amerika. Damals glaubte er, die deutsche Regierung lehne nur eine Einmischung Wilsons in die territorialen Auseinandersetzungen zwischen den kriegführenden Mächten ab. Jetzt aber ist er nach dem Studium der Akten und nach einem vor einigen Wochen veröffentlichten Brief Lindenbergs davon überzeugt, daß die deutsche Regierung von weiteren Bemühungen Americas um den Frieden überhaupt nichts wissen wollte.

Als er diese Aussage macht, geben Bethmann und der überlegene lächelnde Gelferich durch deutliche Zeichen des Mißfallens zu verstehen, daß Bernstorffs Ansicht unbillig sei. Aber der geschickt operierende Einzelhändler bringt ein Telegramm vom 16. Januar 1917 zur Verlesung, in dem dem Staatssekretär Zimmermann mitgeteilt wird, daß der Kaiser gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot lege. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen. Außerdem existiert eine Neuherausgabe Zimmermanns vom 6. Februar, die sich recht abfällig über Wilsons Bemühungen äußert, daß sein Einfluß ja doch gegen Deutschland in die Waagschale gefallen sein würde.

Man darf gespannt sein, wie der frühere Kanzler die Dinge darstellen wird. Vielleicht wird sich auch bei dieser Gelegenheit wieder ergeben, daß zwei Strömungen nebeneinander herfließen, eine politische und eine militärische.

Soviel steht jedenfalls fest, Bernstorff hat die pessimistische Meinung, Zimmermanns nicht geteilt und teilt sie auch heute nicht. Er erklärt ohne Umschweife, daß er die amerikanische Vermittlung angenommen haben würde, daß er Wilson für einen ehrlichen Makler gehalten hat und heute noch hält, und aus seinen Worten klingt deutlich das Bedauern hervor, daß Deutschland damals seine Friedensbedingungen nicht bekannt gegeben hat.

Vertraulich sind ihm diese Bedingungen freilich mitgeteilt worden, aber es geschah erst am 29. Januar 1917, das heißt an demselben Tage, als ihm der Entschluß zur Durchführung des rücksichtslosen U-Bootkrieges mitgeteilt wurde. Er konnte von ihnen keinerlei Gebrauch mehr machen, und sie hätten in diesem Moment auch völlig wirkungslos bleiben müssen.

Es erhebt sich dann eine weitere sehr wichtige Frage. Was das, was man ihm am 29. Januar mitteilte, überhaupt noch gültig, oder enthielt das Telegramm nur jene Forderungen, die Deutschland gestellt haben würde, wenn die Entente auf sein eigenes Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 eingegangen wäre. Einzelheimer als Referent stellt schon jetzt fest, daß die Bedingungen, über die man Wilson unterrichtete, nicht mit jenen übereinstimmen, auf die sich Bethmann und der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen in den Besprechungen, die dem deutschen Friedensangebot vorausgegangen waren, geeinigt hatten.

Sie rufen Widerstände, die hoffentlich durch die weitere Untersuchung geklärt werden. Sie sind sicher bedeutungsvoller als die Punkte, auf die der nationalsozialistische Sachverständige Professor Dietrich Schäfer die Aufmerksamkeit zu lenken sucht. Dem ist es darum zu tun, Wilsons Vermittlerfähigkeit zu diskreditieren und den Nachweis zu erbringen, daß er für Deutschland unerfüllbare Forderungen aufgestellt und unterläßt habe. Ihm ist der Präsident der Vereinigten Staaten schon deshalb verdächtig, weil er nach seiner Meinung einen Sieg Deutschlands nicht zugegeben haben würde.

Man kann sich eines Lächelns nicht erwehren über einen Mann, der heute noch von diesem Standpunkte aus an die amerikanischen Friedensbemühungen herangeht. Er hat in seiner Gesandtschaftsreise die Ereignisse der letzten Jahre verschlafen und operiert mit Argumenten, die denen angepaßt waren, die in den fröhlichen Wintertagen 1916/17 an den Sieg Deutschlands über die ganze Welt glaubten. Er sieht auch in einem bemerkenswerten Gegenstand zum Grafen Bernstorff, der für sich bekennet, daß ihm damals die militärischen Erfolge Deutschlands nicht von ausschlaggebender Bedeutung erschienen hätten.

Es ist eine Fülle von Zweifeln und Unsicherheiten, die die Untersuchungskommission so noch aus der Welt zu schaffen hat. Ihre Arbeit wird nicht so schnell beendet sein können, als es einige ihrer Mitglieder ursprünglich wohl geglaubt haben. Ein weiteres Anzeichen ist zu sehen, und wenn wirklich das deutsche Volk reiflos darüber unterrichtet werden soll, wie es von 1914—1918 regiert und geleitet worden ist, so wird noch eine mühselige Arbeit zu leisten sein. Vielleicht legt sich der Ausgang einmal die Frage vor, ob die Bekämpfung auf eine möglichst vollständige Stümpe angestrebt werden soll.

Der Sitzungsbericht.

Nach den Verhandlungen über die Saboteurakte deutscher Militär- und Marinebehörden in Amerika, über die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe berichteten, kommt es zur Besprechung über das

Friedensangebot vom 12. Dezember 1916.

Abg. Dr. Einzelheimer: Sie sagten gestern, daß in amerikanischen Regierungskreisen das Friedensangebot vom 12. Dezember als Zeichen der Schwäche betrachtet worden ist. Haben Sie damals auch die Tatsache mitgeteilt, daß dieses Friedensangebot nicht nur dem Auswärtigen Amt, sondern in völliger Übereinstimmung mit der Obersten Exekutive verhandelt worden ist?

Graf Bernstorff: Wie ist das Friedensangebot telegraphisch übermittelt worden; irgendwelche Aufträge waren an diese Mitteilung nicht geknüpft.

Abg. Dr. Einzelheimer: Auf Grund der Akten stelle ich dann fest, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember in voller Übereinstimmung mit der Obersten Exekutive zustande gekommen ist, daß die Oberste Exekutive an dem Entwurf sogar Verbesserungen vorgenommen hat und daß das Angebot auch in völliger Übereinstimmung mit dem Kaiser in die Welt gegangen ist.

Herr Wurmuth: Wir kommen nunmehr zu der Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt.

Graf Bernstorff: Wilson hielt trotz unseres Friedensangebotes an der Friedensvermittlung fest. Das Wilsonsche Angebot erregte gerade deshalb so großes Aufsehen in Amerika, weil es direkt auf unser Angebot folgte, so daß der Anschein erwacht wurde, als sei Wilson dadurch ermuntert worden, insbesondere hatte Wilson in seine Note aufgenommen, daß sein Angebot nicht mit dem deutschen Angebot zu tun hätte, daß es vielmehr schon vor längerer Zeit beabsichtigt gewesen ist. Die öffentliche Meinung in Amerika hat den Schritt Wilsons absolut als absolut angesehen. Die ganze Presse schrieb in diesem Sinne und die Stimmung in Washington war ebenso. Ich habe dann Lansing gefragt, wie er sich den weiteren modus procedendi vorstelle. Ich habe darüber mit ihm eine eingehende Unterredung gehabt. Nach meiner jetzigen Kenntnis von den Dingen bin ich der Auffassung, daß ein Widerspruch herrsche zwischen dem deutschen Antwort auf Wilsons Note und meinen Auffassungen. Ich habe damals angenommen, daß die deutsche Antwort sagen sollte, daß wir eine Friedensvermittlung insofern wünschten, daß eine Konferenz zustande käme, auf der verhandelt werden sollte. Ich habe aber nicht angenommen, daß damit die Wilsonsche Friedensvermittlung beendet werden sollte. Jetzt muß ich allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 26. Dezember die Absicht verfolgte, die Wilsonsche Friedensvermittlung völlig abzuschneiden.

In meiner jetzigen Auffassung bin ich vor allem gekommen durch ein Telegramm des Kaisers an das Auswärtige Amt, in dem gefragt wird, warum ich noch von Friedensvermittlungen Wilsons spräche, während eine solche Vermittlung doch gar nicht mehr behände.

Herr Wurmuth: Voraus schicken Sie, daß die deutsche Regierung von einer Friedensvermittlung Wilsons nichts wissen wollte? In dem Wilsonschen Friedensangebot heißt es doch ausdrücklich, es solle kein Frieden vorzugeschlagen werden, es biete nicht einmal eine Vermittlung an, sondern wolle nur das Terrain sondieren? Dann leuchtet für die deutsche Regierung doch kein Anlaß, diesen Schritt als eine Friedensvermittlung aufzufassen. Wie kommen Sie dazu, die deutsche Regierung die Absicht zu unterstellen, daß sie einer Friedensvermittlung abgeneigt war?

Graf Bernstorff: Ich habe die Note Wilsons als Friedensvermittlung deshalb angesehen, weil sich dies mit Notwendigkeit aus früheren Ereignissen ergab. Die Note war abgesehen von Inhalt und Gehalt, um eine Abklärung unmöglich zu machen, hätte Wilson direkt den Frieden angeboten, er wäre abgelehnt worden. So aber war eine Ablehnung tatsächlich nicht möglich. Ich kann nur wiederholen, daß nach meiner damaligen Ansicht unsere Note vom 12. Dezember nichts anderes an dem Verhalten unserer Regierung, und daß nur gesagt werden sollte, daß wir eine Einmischung Wilsons in territoriale Fragen nicht wünschten. Heute bin ich aber anderer Auffassung als damals.

Herr Wurmuth: Wilson legte auf die Mitteilung der Friedensbedingungen also seinen ausschlaggebenden Wert, so daß die deutsche Verweigerung solcher Bedingungen kein Hindernis für den Frieden bedeuten konnte?

Graf Bernstorff: Aber Wilson hat natürlich geglaubt, daß wir schließlich unsere Bedingungen mitteilen würden.

Abg. Dr. Einzelheimer: Gegenüber dem Abg. Wurmuth stelle ich fest, daß das Verhalten der Note Wilsons vom 12. Dezember die Bitte an alle Kriegsführenden ist, konkrète Friedensbedingungen mitzuteilen. In der deutschen Note, die als Antwort auf dieses Ersuchen ergeht, ist, wird aber die Bitte Wilsons um Bekanntgabe der Friedensbedingungen überhaupt nicht erwähnt. Demnach telegraphierte Graf Bernstorff, daß Lansing ihn nunmehr gebeten habe, ihm wenigstens vertraulich unsere Friedensbedingungen mitzuteilen.

Graf Bernstorff: Das ist richtig.

Abg. Dr. Einzelheimer: Auf die Übermittlung dieser Bitte Lansing antwortete Staatssekretär Zimmermann am 2. Januar, also zwei Tage vor dem U-Bootkrieg, Graf Bernstorff möge diese Frage dilatorisch behandeln.

Graf Bernstorff: Aus diesem Wort habe ich gerade geschlossen, daß alles so bleiben sollte, wie bisher.

Abg. Dr. Einzelheimer: Sie sprachen vorhin von einem Telegramm des Kaisers. Dieses Telegramm ist vom 16. Januar 1917 datiert und an den Staatssekretär Zimmermann gerichtet. Darin heißt es wörtlich: „Es sei Majestät lassen Guter Ergötzens für die Auskunst danken.“ Zum Telegramm bemerkt Seine Majestät,

daß allerdings dieselben gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot legen. Falls Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, ist es nicht zu ändern, es wird vorgegangen.

(Bewegung.) Auf Grund dieses Telegramms und jetziger Veröffentlichungen sind Sie also zu der Auffassung gekommen, daß die Wilsonsche Friedensvermittlung von uns bejaht werden sollte?

Graf Bernstorff: Jawohl.

Herr Wurmuth: Damals hatten Sie diese Auffassung aber nicht und auch die Justizaktion lautete anders.

Graf Bernstorff: Ich habe die Instruktionen so verstanden, daß wir die Wilsonsche Vermittlung weiter wünschen.

Professor Bonn: Ich kann feststellen, daß also die Äußerungen des Kaisers und der Schatzkanzler mit Zimmermann nach Washington nicht zu Ihrer Kenntnis gekommen sind (Graf Bernstorff bezieht). Damit schließt die Möglichkeit, von Ihnen Informationen über diese Dinge und ihre Wirkungen zu erhalten, aus.

Graf Bernstorff: Das ist vollkommen richtig. Damals nahm ich die Note als eine Fortsetzung der Friedenspolitik an, während ich heute noch dem Stande der Veröffentlichungen annehme, daß diese Note die Friedensvermittlung Wilsons beenden sollte. Ich habe die Note damals bedauert, weil sie mir nicht genügend entgegenkam zu sein schien.

Herr Wurmuth: Sind Ihnen die konkreten Friedensbedingungen vor dem 22. Januar mitgeteilt worden?

Graf Bernstorff: Nein.

Herr Wurmuth: Sind Ihnen die deutschen Friedensbedingungen in einer nicht konformen Form mitgeteilt worden?

Graf Bernstorff: Mit Ausnahme des Telegramms, in dem gesagt wird, daß Belgien nicht anerkannt werden soll, nicht.

Herr Wurmuth: Es ist immer gesagt worden, die Friedensbedingungen seien maßvoll gewesen im Gegensatz zu den unverwundlichen Forderungen der Entente.

Graf Bernstorff: Es waren sehr maßvoll. In Amerika fragte man sich, warum die Friedensbedingungen nicht bekanntgegeben wurden. Ich empfinde, sie würden, da sie so maßvoll waren, im Gegensatz zu den Forderungen, den Eindruck der Schwäche hervorzurufen. Lansing erwiderte mir, daß verstände er nicht, warum wir nicht ebenfalls forderten wie die anderen. Man stelle sich dann auf der Mitte einigen.

Professor Bonn: Dränge nicht nur die amerikanische Meinung, sondern auch die öffentliche Meinung sehr stark auf eine Annahme der Friedensbedingungen?

Graf Bernstorff: Die ganze Presse besonders. Jeder erregte es.

Professor Bonn: Die amerikanischen Zeitungen versuchten, sich Vorbehalten über die Friedensbedingungen zu machen.

Graf Bernstorff: Jede Zeitung beanspruchte, Informationen zu haben. Ich kann kategorisch erklären, daß ich in Amerika niemals offiziell die deutschen Bedingungen vor dem 29. Januar 1917 genannt habe. Ich habe wohl in der Unterhaltung davon gesprochen, aber niemals bestimmte Bedingungen genannt.

Herr Wurmuth: Wann wurden die Bedingungen vom 12. Dezember überreicht?

Graf Bernstorff: Gleichzeitig mit der Erklärung des verstorbenen U-Bootkriegs.

Herr Wurmuth: Das waren doch die Bedingungen, wie sie gewesen wären, wenn das Angebot vom 12. Dezember angenommen würde. Die Auffassung, als ob es danach mit Friedensvermittlungen vorbei wäre, ist nicht richtig. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir den Präsidenten baten, seine Vermittlungen fortzusetzen und daß wir zur Einstellung des U-Bootkriegs bereit wären, sobald seine Veruche einen Erfolg versprächen.

Herr Wurmuth: Bezog sich die Erklärung Lansing über die Friedensbedingungen, daß sie zu maßig seien und man sich auf der Mitte einigen müsse, auch auf Belgien?

Graf Bernstorff: Nein. Eine amerikanische Friedensvermittlung ohne Wiederherstellung Belgiens war vollkommen ausgeschlossen.

Abg. Dr. Einzelheimer: Ich habe die Friedensbedingungen, die am 23. Januar Wilson mitgeteilt wurden, und die sich auf das Angebot vom 12. Dezember beziehen, nicht den Bedingungen in den Akten entsprechen.

Herr Wurmuth: Ist Ihnen bei der Rückkehr nach Deutschland bekannt geworden, daß die Bedingungen, die Sie Wilson mitteilen sollten, andere waren als diejenigen, die am 12. Dezember überreicht wurden?

Graf Bernstorff: Das höre ich heute zum ersten Male. Im übrigen haben die Friedensbedingungen damals keine Rolle mehr gespielt, da ich sie am selben Tage erhalten habe wie die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkriegs, und da damit der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ausgesprochen war.

Herr Wurmuth: Erklären die mitgeteilten Bedingungen als maßvoll?

Graf Bernstorff: Ich habe sie für maßvoll gehalten. Ich legte aber keinen Wert mehr darauf, da ich wußte, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden.

Herr Wurmuth: Dachte Wilson, als er von den Meineren und schwächeren Völkern sprach, die er schützen wolle, nur an Belgien oder auch an Griechenland?

Graf Bernstorff: Ich persönlich nehme an, daß er Belgien meinte.

Es wird dann die Frage der Entente-Ablehnung

zur Verhandlung gestellt.

Graf Bernstorff: Soweit meine Verhandlungen mit dem Vertreter des Präsidenten Wilson in Betracht kommen, so habe ich mir immer gesagt, daß er die Bedingungen der Entente als nicht ernst zu nehmen betrachte. Er hat auch ausgesprochen, die Entente habe die Absicht, und zum U-Bootkrieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen.

Professor Bonn: Sie erwähnten, von amerikanischer Seite sei gesagt worden, die Entente versuche, durch unzulässige Friedensbedingungen und in eine U-Boot-Falle zu locken. Hatten Sie mit dieser allgemeinen Bemerkung eine bestimmte Persönlichkeit im Auge?

Graf Bernstorff: Ich habe bei den Verhandlungen mit Oberst House etc. alle Möglichkeiten und Fragen vertraulich gesprochen. Da ist über die Auffassung laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu provozieren, um so den europäischen Krieg zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Professor Bonn: Das sind Äußerungen des Obersten House?

Graf Bernstorff: Ja. Ich habe in der öffentlichen Meinung alle Bedenken in Bewegung gesetzt, um die Friedensbedingungen Wilsons zu fördern. Das muß ich betonen, weil in einem Teil der deutschen Presse Angriffe gegen mich erhoben wurden, ich betraue die Presse nicht an, die Regierung.

Herr Wurmuth: Vom Staatssekretär Zimmermann ist Ihnen mehrfach nahegelegt worden, einen energischen Druck Wilsons auf England zu veranlassen, namentlich für ein Ausdrückverbot. Sie sollten daraufhin erklären, daß Sie nicht gut möglich, weil Wilson grundsätzlich auf den amerikanischen Handel zu setzen habe. Würde das nicht die Rücksicht auf den Handel zurücktreten gegenüber der viel wichtigeren Frage des Friedens?

Graf Bernstorff: Die Interessen des Handels sind gleichbedeutend mit denen der Republik. Die Entente hätte sich wesentlich geändert als Wilson wiedergewählt worden war, und zwar auf Grund des Programms, den Frieden zu erhalten und die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten zu erheben. Unter Kriegszustand war nicht nur die Ermächtigung der Flotte, sondern auch die Schaffung einer starken Flotte und besonders einer großen Handelsflotte zu verstehen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr gegen einen für uns günstigen Frieden feindlich gestellt wie früher.

Abg. Einzelheimer: Wie die Beurteilung der Frage, ob auch abseits eine Reichsneutralität bestand, ist von Wichtigkeit zu erfahren, ob die eheliche Neutralität vorhanden war, daß die Entente auf die Friedensvermittlung Wilsons eingehen würde.

Graf Bernstorff: Das eine positive Bählungsmaßnahme hätte sein können, nehme ich an, beizubehalten, es es aber nicht. Wilson hätte mir immer sagen lassen, er würde die Friedensvermittlung nur vornehmen, wenn begründete Aussicht auf Erfolg vorhanden sei.

Abg. Einzelheimer: In letzter Zeit wurde Präsident Wilson im Senat in ein Kreuzverhör genommen und gefragt, ob, wenn wir nicht den unbeschränkten U-Bootkrieg eingeschlagen hätten, Amerika doch in den Krieg mit und ohne uns eingetreten wäre. Darauf soll er bejahend geantwortet haben. Welche Bedeutung schrieben Sie dieser Äußerung zu?

Graf Bernstorff: Diese Frage führt auf das Gebiet der Historie. Unter meinem Eide kann ich nicht sagen, was Wilson behauptet hat. Die Frage an Wilson lautete noch meiner Erinnerung: Herr Präsident, glauben Sie, daß unsere unbedingte Auflösung über die deutsche Schuld am Krieg uns auch im den Krieg hineingezogen hätte, wenn Deutschland nicht unsere Interessen und unseren Handel in unredlicher Weise angegriffen hätte? Darauf hat der Präsident geantwortet: Ich höre es. Auf die Frage: Glauben Sie, daß wir also doch in den Krieg hineingezogen wären, heißt wenn Deutschland sich nicht speziell gegen uns verhalten hätte, antwortete Wilson: Ich nehme es an. Meine Antworung geht dahin, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und uns gleichbedeutend mit der Kriegserklärung sei, die vielleicht noch einige Wochen hätte auf sich warten lassen. Sie war aber die unbedingte Folge. In dem Augenblick, wo unsere Botschaft in Washington eingeschaltet war, waren wir der deutsch-feindlichen Propaganda gegenüber wehrlos.

Herr Wurmuth: Es wird nötig sein, den englischen Text über die Vorgänge im Senat hier vorzulegen.

Es wird beschlossen, den englischen Text in der morgigen Sitzung zu verlesen und diese Aussprache jetzt zurückzustellen.

Herr Wurmuth: Ist Ihnen bekannt, daß Wilson durch den Erfolg seines Friedensangebotes in den Bereich leidenschaftlicher Deutschfreundlichkeit gekommen ist? Bei dieser Gelegenheit soll Staatssekretär Lansing einmal nicht unbedenklich ausgesprochen sein bei dem Bestreben, die Sache etwas zu ehnen. Er soll in Erinnerung gesagt haben, der Präsident habe das machen müssen, wenn der U-Bootkrieg kommt, so bedeutet das den Krieg mit Deutschland, und der Präsident wolle seinen Krieg eine ähnliche Äußerung soll Gerard schon auf dem Schiffe gemacht haben gegenüber einem Vertreter der „New-Hork World“.

Graf Bernstorff: Wilson wollte einen Augenblick abwarten, wo keiner der beiden Kriegsführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Andererseits wußte er, daß die Entente mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg rechnete. Deshalb hat er immer gesagt, er habe keine Friedensvermittlung an, solange irgendwelche Kontroverse mit Deutschland vorhanden sei.

Herr Wurmuth: Wilson galt doch immer als der Mann, der für Menschlichkeit und Gerechtigkeit eintritt. Hat Wilson sich über diese rein menschlichen Gesichtspunkte geäußert?

Graf Bernstorff: Diese Frage ist von mir häufig bedacht worden, so bei der „Vollmacht“ und der „Süßholz“-Frage. Die Hungerblockade hielt er für illegal.

Abg. Einzelheimer: Glauben Sie an den guten Willen Wilsons, den Frieden zu vermitteln?

Graf Bernstorff: Ja.

Abg. Einzelheimer: Sollte es ein Frieden zugunsten der Entente sein?

Graf Bernstorff: Wilson sagte am 22. Januar,

ein Frieden ohne Sieg sollte erreicht werden;

ich habe es so verstanden, daß das bedeutet, Deutschland solle seine Weltstellung in vollem Umfange behalten. Ich hielt Wilson für einen ehrlichen Makler.

Herr Wurmuth: Im Sommer 1916 hat Wilson sich eine ganze Anzahl Kampfmittel wirtschaftlicher Art, so gegen die Schwarzen Listen, bewilligen lassen. Wir müssen feststellen, ob er versucht hat, sich damit wirtschaftliche Nachteile gegen die Alliierten zu schaffen. Die Rede Wilsons am 22. Januar ist als ein besonders seltener Akt anzusehen, denn die Rede wurde schon vorher nach Europa telegraphiert. Kann zuvor erzählt ich die Mitteilung, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eröffnet werde. Ich versuchte, im letzten Augenblick noch einen Aufschub zu erreichen. Als ich die Mitteilung überbrachte, wußte er schließlich noch nichts davon.

Auf eine Anfrage des Dr. Einzelheimer erklärt Graf Bernstorff:

Niemals ist von amerikanischer Seite mit mir über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebietes und zugunsten der Entente war.

Darauf werden die Verhandlungen abgebrochen und auf Donnerstag im gleichen Saale vertagt.

Der Metallarbeiterstreik.

Bericht der Streikleitung.

Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht nehmen ihren Fortgang. Die Eingruppierung der einzelnen Kategorien gestaltet sich sehr schwierig, so daß mit der Beendigung der Einreichung aller Branchen und Gruppen in dieser Woche kaum zu rechnen sein wird. Es finden aus diesem Grunde Parallelverhandlungen zwischen den Verhandlungskommissionen des Verbandes der Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiterverband statt. Der Hauptzweck dieser Verhandlungen ist, eine Basis zu finden, nach welcher die Wiederaufnahme der Arbeit in Angriff genommen werden kann.

Die Unternehmer zeigen Neigung, bei den Wiedereinstellungen willfürlich zu verfahren. Ganz besonders die Funktionäre, Arbeiterausschüsse und Betriebsräte sollen nicht, wie es von unserer Seite gefordert wurde, zuerst eingestellt werden. Wir werden an dieser Forderung festhalten, weil es nach unserer Meinung unbedingt notwendig ist, daß die Betriebsräte und Arbeiterausschüsse über die Art der Wiedereinstellung in den Betrieben mitbestimmen.

Die Unternehmer versuchen auch auf andere Art, die Geschlossenheit der Streikenden zu durchbrechen. So werden jetzt Postkarten an die Arbeiter versandt, in denen sie zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert werden. Wir fordern unsere Kollegen erneut auf, sich durch derartige Mittel nicht irreleiten zu lassen, und erklären nochmals ausdrücklich, daß in keinem Betriebe auch nur ein Kollege die Arbeit ohne Zustimmung der Fünfkollegen-Kommission aufnehmen darf. Jeder Kollege, der anders verfährt, müßte als Streikbrecher betrachtet werden. Wir erklären aber mit Genehmigung, daß von den circa 100000 in A u s t r a n d befindlichen Kollegen sich noch niemand gefunden hat, der den Bemühungen der Unternehmer zum Opfer gefallen ist. Die Kampffront der Berliner Metallarbeiter ist nach wie vor eine geschlossene.

Die Verhandlungen.

Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß werden heute um 11 Uhr vormittags fortgesetzt. Es kommen heute folgende Gruppen zur Verhandlung: Feiger und Maschinisten vormittags 11 Uhr, Transportarbeiter mittags 12 Uhr, Metallendreher nachmittags 3 Uhr, Eisendreher nachmittags 4 Uhr.

Am Freitag wird über die Einreichung folgender Gruppen verhandelt: Schlichter vormittags 10 Uhr, Gärtler und Drücker vormittags 11 Uhr, Metallschleifer und Galvanisierer mittags 12 Uhr, Eisenkonstruktionsbetriebe nachmittags 3 Uhr, Eisenformer und Berufsgenossen nachmittags 4 Uhr.

Die Verhandlungskommission, deren Gruppen am Freitag zur Verhandlung kommen, werden ersucht, am Donnerstag nachmittags, nämlich um 3 Uhr, im Arbeitsnachweis im Verbandsbause, Linienstr. 88-89, zu erscheinen.

Das Metallkartell. Die Fünfkollegen-Kommission.

Achtung, Metallarbeiter!

Die außerordentliche Generalversammlung der Berliner Verwertungsgesellschaft findet heute nachmittags 3 Uhr in der Wagenhofstr. 10, im 1. Stockwerk, im Saal des Hotel „Zur See“, statt. Tagesordnung: Bericht über die gegenwärtige Lage.

Wir machen darauf aufmerksam, daß Obseus und Streikleiter, die nicht im Besitze der Vertrauensamtenkarte sind, zur Generalversammlung keinen Zutritt haben.

Die Ortsverwaltung.

Unterstützung der Metallarbeiter.

Der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat den streikenden Metallarbeitern eine Unterstützung von 25000 M. bewilligt. Der Textilarbeiterverband ist die erste Gewerkschaft, die den kämpfenden Metallarbeitern aus der Zentralkasse eine direkte Zuwendung gemacht hat.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Vom Metallarbeiterverband wird und geschrieben: Die gesamte Öffentlichkeit beschäftigt sich mit der Beendigung des Metallarbeiterstreiks. Man wundert sich, daß trotz der stattfindenden Verhandlungen die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen wird. Das Erlaunen über diese Tatsache ist durchaus begreiflich, wenn man bedenkt, daß beide Parteien erklärt haben, sich den Sprüchen des im Reichsarbeitsministerium tagenden Schlichtungsausschusses zu unterwerfen. Es lohnt sich, zu untersuchen, warum die Arbeit noch nicht aufgenommen wird, trotzdem zum Teil überaus wichtige Industriezweige durch das weitere Verzögern der Arbeitsaufnahme lahmgelegt werden, bzw. direkt vor einer Katastrophe stehen. So ist z. B. die Berliner Straßenbahn nach ihrer Mitteilung genötigt in den nächsten Tagen ihren gesamten Betrieb einzustellen, wenn es ihr nicht gelingt, Kupferdraht und den Schweißbetriebe die infolge des Streiks fehlenden, zu bekommen.

Es haben nun zwar schon Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden. Eine Vereinbarung über die Arbeitsaufnahme ist noch nicht erfolgt, weil die Arbeitgeber sich erst im Kreise ihrer Verbandsorgane über die Wünsche der Arbeiter unterhalten wollen.

Die Vertrauenspersonen der Metallarbeiter erklären, könne die Arbeit unter keinen Umständen eher aufgenommen werden, als nicht durch Vereinbarung sichergestellt sei, daß Maßnahmen und Anlaß des Streiks nicht stattfinden. Man wäre bereit, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, wenn vereinbart würde, daß alle bisher Beschäftigten wieder eingestellt würden. Ueber die Reihenfolge der Wiederaufnahme der Arbeit der einzelnen Gruppen muß die Betriebsleitung sich mit dem Arbeiterausschuß, bzw. Arbeiter- oder Betriebsrat verständigen. Neueinstellungen betriebsfremder Arbeiter dürfen erst nach erfolgter Wiedereinstellung bisher Beschäftigter erfolgen.

Diese durchaus berechtigten Forderungen stoßen bei den Herren der Berliner Metallindustrie auf Widerstand! Insbesondere wollen die Arbeitgeber die Mitglieder der bisherigen Arbeiterausschüsse bei der Einstellung nicht mitwirken lassen. Jeder mit der Industrie Vertraute muß ausgeben, daß der

ganz unvorbereitete Wendepunkt der Metallindustrie die schwersten Gefahren für die weiteren Verhandlungen im Arbeitsministerium mit sich bringt, im weiteren jedoch geeignet ist, noch weitere schwere, ja ganz unendliche Schädigungen des Wirtschaftsliebens herbeizuführen.

Man müßte also erwarten, daß auch bei den Herren Arbeitgebern bald die Einsicht Platz greift, daß es jetzt an der Zeit wäre, einen Modus der Wiedereinstellung zu vereinbaren, der weitere Schäden am Volkserpöcher verhindert.

Achtung! Achtung! Arbeiter-Betriebsräte der gesamten Bau- und Stein-Industrie Insertat beachten!

Ankündigungen.

Die für heute nachmittags festgesetzte Vertrauensmännerkonferenz der Hobler, Bohrer, Stoher, Fräser findet wegen der zu gleicher Zeit festgesetzten Generalversammlung nicht statt.

H. Friker, Oberschönweide, Freitag, den 24. d. M., nachm. 2 Uhr. Betriebsversammlung, Tadderts Waldschloß, Schütte u. Deichen, Donnerstag nachm. 2 Uhr wichtige Betriebsversammlung im Streiklokal, Dasselbst Cautungen unterschreiben.

Katzen! Schwarzkopff-Arbeiter, Betriebsversammlung am Freitag, den 24. d. M., nachm. 2 Uhr, in den Sophienböden, Vertrauensleute um 12 1/2 Uhr.

Maschinenfabrik Oberschönweide, Sonnabend nachm. 2 Uhr Betriebsversammlung und Auszahlung in Kobberts Waldschloßchen.

Hartung-K. O., Richtenberg, Am Donnerstag, den 23. d. M., 10 Uhr, Cautungen unterschreiben. Am Freitag, den 24. d. M., um 11 Uhr Versammlung aller Kollegen; anschließend Auszahlung des Streikgeldes. Erscheinen aller erforderlich!

Katowert-Stemmelstadt, Betriebsversammlung am Sonnabend, den 25. d. M., vormittags 11 Uhr, bei Kant, Dergstraße. Anschließend Auszahlung.

G. P. Giersch u. O. u. Glaswerk Zandlanger, Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, Betriebsversammlung des Gesamtwerkes im „Schloßpark“ Seglitz. Alle Kollegen und Kollegen sind verpflichtet, daran teilzunehmen.

Stempelbetriebe, Freitag, den 24. Oktober, nachm. 2 Uhr, Versammlung bei Meyer, Cranenstr. 170. Bericht über die Streiklage. Kontrollkarte legitimiert.

Für sämtliche freireisenden und ausgefertigten Kolleginnen und Kollegen der R. G. O. Turbine findet Donnerstag, 1. Uhr nachmittags, im Klostergarten Plohnsee die Betriebsversammlung statt. Die Auszahlung der Streikunterstützung für die Nummern 580-590 findet Donnerstag von 9-12 Uhr im Streiklokal statt.

Hüttenwerk A. Meyer, Tempelhof, Streikversammlung am Donnerstag, 23. Oktober, 2 Uhr, bei Spielber, Tempelhof, Berliner Straße 77. Auszahlung des Streikgeldes und Abgabe der Stempelkarten wegen Extra-Unterstützung.

Bergmann-Berlin, Für die bis Mittwoch, den 22. Oktober, mittags 12 Uhr, unterschriebenen Cautungen findet die Auszahlung am Donnerstag, den 23. Oktober, bei Raj, Rajstr. 12, wie folgt statt: 1-300 von 8-9 Uhr, 301-700 von 9-10 Uhr, 701-1000 von 10-11 Uhr, 1001-1400 von 11-12 Uhr, 1401 bis 1800 von 12-1 Uhr, 1801-2200 von 1-2 Uhr, 2201-2600 von 2-3 Uhr, 2601-3400 von 3-4 Uhr, über 3400 von 4 bis 5 Uhr. Die Auszahlungen für Nachzügler findet am Freitag, den 24. Oktober, von 9-12 Uhr im Streiklokal statt. Freitag nachmittags 3 Uhr Betriebsversammlung in den Pharusböden.

Messei-Schwarzkopff, Wildau, Sonnabend vorm. 9 Uhr Versammlung und Jubiläum.

Karlshof, Freitag, 12 Uhr mittags, in Neuberts Bierhallen, Warsauer Straße 48/44, Cautungen unterschreiben und Stempelkarten abgeben.

Edertwerke, Freitag, mittags 12 Uhr, in der Bürgerheimstraße (Turnhalle), Betriebsversammlung. Voraussichtlich Auszahlung der Streikgelder.

Wernerwerk Siemens u. Holste, Sämtliche Streikende müssen Freitag in ihren Stempelstellen in Siemensstadt die Cautungen unterschreiben. Nur auf unterschriebene Cautungen wird ausgezahlt.

Kesselhäuser, Gasanstalt, Generatoren R. W. O., sowie sämtliche Kollegen des Maschinen- und Feigerverbandes, die sich im Streik befinden, Bezirk Oberschönweide und Stempelstelle 27, nicht Donnerstag vorm., sondern Freitag, vorm. 10 Uhr, Auszahlung der Extraunterstützung und Betriebsversammlung im Streiklokal.

Reinbau Zirkens-Schudert, Heute, Donnerstag, Cautungen unterschreiben und alle Streikarten spätestens bis Freitag um 12 Uhr abgeben wegen der Extraunterstützung von 10 M. Auszahlung Sonnabend, von 11-3 Uhr, in den bekannten Lokalen. Nachzügler müssen bis Ende nächster Woche warten. Vertrauensleute: Donnerstag, pünktlich 12 Uhr, im Streiklokal.

K. Borst, Tegel, Freitag, nachm. 2 Uhr, in Hartmanns Brauerei, Reinholdsdorf-West, Betriebsversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich. Legitimationskarten sind mitzubringen.

R. V. O., Freitag, nachm. 2 Uhr, in Wörners Blumenanlagen, Oberschönweide, Betriebsversammlung. 12 Uhr: Funktionärsitzung im Bürger-Park.

Die Landwirte als Landesvertreter.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Koblenz berichtet: Die erste wirtschaftliche Lage in den besetzten Gebieten veranlaßt den Reichskommissar für das besetzte Gebiet, von Stork, die Vertreter der einzelnen Bevölkerungsklassen zu einer Konferenz in Koblenz zusammenzurufen. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die besetzten Gebiete aus eigener Ernte den Getreidebedarf für 7 bis 8 Monate decken könnten, daß aber die Landwirte sich weigern, ihre Ablieferungsobligationen zu erfüllen und das Getreide an die Schleichhändler zu Marktpreisen abzugeben. Der Schmuggel von deutschem Getreide über die Westgrenze habe einen ungeheuerlichen Umfang angenommen. Tausendweise in langen Automobilschlän gen an den Kreisen Weidern und Glere das Getreide nach Holland und kommt zu unvorstellbar hohen Preisen als Auslandsweizen oder Gerst. Die deutschen Behörden seien machtlos, da ihnen die Vertretung der Zollkontrolle fehle. Die Schmuggler-automobile hätten zum größten Teil von Angehörigen der Besatzungsbarmen begleitet. Aus diesen Umständen ergebe die Gefahr, daß das besetzte Gebiet in absehbarer Zeit ohne jeden

Vorrat von Weizen Getreide laßte. Um praktische Maßnahmen zur Behebung der Notlage und Bekämpfung gegen das überhandnehmende Schieber- und Wucherium zu finden, wurden für die einzelnen Gebiete Sonderkommissionen eingesetzt, die sich in Verbindung mit dem Reichskommissar und mit den Besatzungsbehörden über die geeigneten Dispositionen ins Einvernehmen setzen sollen.

Und diese Gesellschaft mag anderen Landesverrat vorzuziehen und wird darin von den Reichsorganen unterstützt!

Rechtfertigung des Verfassungsbruchs.

Zum Belagerungszustand über Schmallalden.

Auf unsere eingehende Feststellung des unerhörten Verfassungsbruchs, der durch die Verhängung des Belagerungszustandes über Schmallalden durch die militärischen Stellen verübt wurde, veröffentlicht die V. P. R. folgende Erklärung:

„Zum Belagerungszustand in Schmallalden ist seitgestellt, daß gemäß Art. 48 der Reichsverfassung, Abs. 4, bei Gefahr im Verzuge die Landesregierung den Belagerungszustand verhängen kann. Auf Grund der aus Schmallalden eingegangenen Nachrichten war dies für Schmallalden durch die preussische Staatsregierung als nötig befunden worden. Daraufhin hat der Kommandeur der in Schmallalden eingerückten Formationen der Reichswehr die erforderlichen Maßnahmen getroffen.“

Diese Darstellung ist nichts anderes als die offiziöse Rechtfertigung eines zweifellosen Verfassungsbruchs. Die neue Reichsverfassung kennt, wie wir bereits ausführlich, nur gewisse Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die vom Reichspräsidenten und bei Gefahr im Verzuge auch von der Landesregierung getroffen werden können, sie kennt aber keinesfalls einen Belagerungszustand. Das Tuscheln des „Belagerungszustandes“ in Deutschland nach dem Gesetz von 1851 bestand u. a. darin, daß die vollziehende Gewalt auf die Militärbehörden überging. Die Anordnungen jener Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit nach der neuen Verfassung aber gibt dem Militär nicht die geringsten Rechte; auch kennt die Verfassung das Wort Belagerungszustand überhaupt nicht. Die Regierung darf sich höchstens der Truppen als Hilfsmittel zur Durchführung der von ihr angeordneten Maßnahmen bedienen; jede selbständige Maßnahme der Truppen aber bedeutet einen Verfassungsbruch.

In doppelter Weise rechtfertigt obige offiziöse Darstellung den gelaufen Verfassungsbruch: erstens, indem sie die Verhängung des „Belagerungszustandes“ an sich für rechtmäßig erklärt, und zweitens, indem sie dem Kommandeur der Truppen das Recht zur Verhängung der nach ausdrücklicher Vorschrift der Verfassung nur dem Reichspräsidenten oder der Regierung zu treffenden Maßnahmen zuspricht. In Wirklichkeit handelt hier nicht etwa der Kommandeur auf einen Befehl der Regierung — ein Befehl, der, wie gezeigt, auch verfassungswidrig wäre —, sondern die Regierung best in unzulässiger Erniedrigung jeden Verfassungsbruch der Militärs.

Es ist bezweifelnd, daß der „Vorwärts“, der nach vor wenigen Tagen so tat, als ob er den Willen zum Austritt gegen den Belagerungszustand habe, die Nachsicht von der geschloßen und verfassungswidrigen Verhängung des Belagerungszustandes formallos widerlegt. Als Hof Redner, der ihn vor aller Öffentlichkeit rüffelt, wenn er etwas anderes sagt als er — von anderem Handeln kann ja schon gar nicht die Rede sein — kann er ja auch gar nicht anders.

Wenn Hellmann leugnet.

Herr Hellmann bezieht sich in seiner sog. „Sozialistischen Korrespondenz“ die antilohndemokratische Bewegung in Schluß zu nehmen. Er behauptet, daß diese in feinerlei Hinsichtungen zur Regierung liehe. Den Inhalt des von uns abgedruckten Schreibens der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus erwähnt Herr Hellmann mit keinem Wort. Wohlwollend! Nun in diesem Schreiben werden die unabweisbaren Zeichnungen zwischen der Regierung und der antilohndemokratischen Gesellschaft einwandfrei klar gelegt. Daß diese Zeichnungen tatsächlich bestehen, war zwar ohnehin kein Geheimnis mehr. Das Schreiben liefert sogar nur den schriftlichen Nachweis für eine längst bestehende Tatsache. Herr Hellmann scheint nun eine unangenehme Störung der guten Beziehungen zu befürchten. Er leugnet deshalb, wie es seiner Art entspricht. Wenn aber Hellmann etwas abstreitet, weiß jedermann, daß die Wahrheit durch nicht bezweifelt wird. Seine Abkennungsbemühungen sind immer nur eine Bestätigung von feststehenden Tatsachen.

Mitfahr der Kriegsgefangenen. Die französische Regierung hat Maßnahmen getroffen, daß in ihrer tausend Kriegs- und Hilfsgesangene, die aus Schwidwig kommen, beimgeschafft werden können, um an der Abstimmung in Nordschleswig teilnehmen zu können.

Als englischer Geschäftsträger in Berlin wurde Lord William Cecil, der frühere Privatsekretär von Sir Edward Grey, ernannt. Er wird mit den anderen Mitgliedern der Delegation seinen Posten am Mittwoch antreten.

Besprechung der weiblichen Abgeordneten in England. Bis jetzt sind bereits 94 Frauen als Kandidaten für die Londoner Gemeinderatswahlen angesetzt worden. Bisher gab es in ganz England nur 30 weibliche Abgeordnete. Die Mehrzahl dieser Frauen gehört der Arbeiterpartei an.

Neue Vorkommnisse sind in Deutsch-Neuguinea entdeckt worden, deren Wert von amerikanischen und australischen Sachleuten bestätigt wurde. Die Britische und australische Regierung haben je 50 000 Pfund Sterling für weitere Untersuchungen bewilligt.

Das kanadische Parlament hat den Friedensvertrag mit Österreich genehmigt.

Das Belgien des Ostens / von A. Stein

Reich illustriert

FREIE WELT

Heft 23

Bei jedem Zeitungshändler zu haben

Die Blutaten Weißer Garden in München vor Gericht.

Aus Mangel waren wir gestern leider gezwungen gewesen, den Bericht über den ersten Verhandlungstag in stark gekürzter Form wiederzugeben. Infolge der außerordentlichen Bedeutung der Ergebnisse dieses Verhandlungstages jedoch, der zum ersten Male der gesamten Öffentlichkeit wenigstens einen kleinen Auschnitt aus dem furchtbaren Wüten und Worden Weißer Garden in München offenbart wurde, geben wir nachträglich im folgenden die von uns noch nicht veröffentlichten Verhandlungen dieses Tages im wörtlichen wieder:

Nach der Verlesung der Anklage erfolgte die Vernehmung des Hauptangeklagten Müller. Er erklärte: „Ich war damals ohne Beschäftigung und lebte in Bayern einige Flugblätter, daß in München ein „großer Saustall“ sei, weil dort die Spartakisten haften. Da bin ich dann zum freiwilligen-Schützenkorps gegangen. Unsere Vorgesetzten sagten uns, bei dem Vormarsch auf München würden uns die Augen um die Ohren pfeifen. Wir sollten keine Rücksicht nehmen, sondern

verfümmelt worden. Einem war ein Auge herausgeschlagen worden und auch sonst wurden die Leute fürchterlich zugerichtet.“ Angeklagter: „Auch danach habe ich nichts gesehen. Ich kam ja erst ganz spät hinzu.“ Vorsitzender: „Was geschah dann im Keller?“ Angeklagter: „Es ließ, sie sollten sich alle niederlegen.“ Vorsitzender: „Wer sagte das?“ Angeklagter: „Ein Vorgesetzter.“ Vorsitzender: „Sie sollen aber irgendwelche Verfehle überhaupt nicht abwarten, sondern gleich weitergemordet haben. Sie sollen gerade einer von denen gewesen sein, die kommandierten: Niederlegen! Sie sollen sogar den ersten Befehl zum Erschießen gegeben haben.“ Angeklagter: „Das kann keiner von mir behaupten.“ Vorsitzender: „Sie sollen auch noch

die Spartakisten kurzerhand niederschlagen, um unser eigenes Leben zu retten.“ Es seien fast alles Ausländer, Russen, Ökonomie und anderes Gesindel, das mit ausländischem Geld unterstützt werde, um die Münchener Bevölkerung ins Unglück zu stürzen. Es wurde uns wiederholt gesagt, daß wir durchschreiten sollten, weil die Spartakisten lauter Lumpen seien, und auch keinen Schonen, denn sie würden uns auch erschlagen. Es wurde uns auch gesagt, daß die rote Armee einen Preis von 300 Mark auf den Kopf eines jeden Reichswehrsoldaten aufgelegt habe und unser Hauptmann Hoffmann erklärte und ausdrückte, wir sollten, wenn wir einen Spartakisten erwidern, gleich von der Waffe Gebrauch machen. Am 6. Mai bekamen wir etwas Wein von der Kompanie und ich hatte meinen gerade ausgeglichen, als uns gesagt wurde, daß wir an diesem Tage keinen Ausgang hätten. Da ich aber in München noch nie vorher gesehen habe, ging ich trotzdem auf die Straße, und zwar in Begleitung einiger Kameraden, darunter der Mitangeklagte Kreiner. Wir kamen in das Restaurant „Zur Stadt Straßburg“, wo wir ein Glas Bier tranken. Auch dort wurde über die Spartakisten sehr geschimpft. Wir gingen fort, als eine Schiesserei auf der Straße begann. Diese rührte von einem Gefangenentransport her, der die Straße herunterkam. Alles schrie: „Das sind Spartakisten, die gehören alle erschossen!“ Mehrere Vorposten und auch wir Mannschaften schloßen uns dem Zug an. Wir trauten wiederholt, was denn das für Leute seien. Darauf ließ es, die habe man in einem Hinterzimmer eines spartakistischen Vereinshauses verammelt gefunden. Wir zogen dann mit und hörten plötzlich einen Schuß fallen. Gleich darauf fiel ein Sanitätsbergmann im Zuge tot zu Boden.

auf die am Boden liegenden Opfer eingestochen haben.“ Angeklagter: „Das ist ausgeschlossen.“ Vorsitzender: „Sie sollen so fürchterlich zugeschlagen und gestochen haben, daß sich Ihre Waffe krummbog.“ Angeklagter: „Es tut mir leid, wenn ich das getan habe, dann habe ich es nur meinen Herden zu verdanken.“ Vorsitzender: „Sie haben, nachdem Ihr Seitengewehr unbrauchbar geworden war, noch das Seitengewehr eines Kameraden mit dem Bemerkung verlangt, das Ihrige siehe immer mehr.“ Der Vorsitzende hält dem Angeklagten dessen Seitengewehr vor, das an der Spitze vollständig krummgebogen ist und bemerkt: „Sehen Sie sich das an, wie ein Messer haben Sie gearbeitet. Sie haben noch den Standpunkt vertreten, die Leute seien überhaupt keine Feinde wert, man solle sie alle erschlagen.“ Angeklagter: „Das war nur die allgemeine Ansicht.“ Vorsitzender: „Die Zeugen werden es Ihnen sagen. Einem der Getöteten haben Sie drei Hiebe über den Kopf gegeben, daß ihm das Hirn aus dem Kopf herausgespritzte.“ Angeklagter: „Das ist doch ausgeschlossen.“ Vorsitzender: „Lassen Sie doch das Wort beiseite. Die Zeugen sind sicherer in ihren Aussagen als Sie. Sie lagen ja selbst, daß Sie nichts mehr wissen.“

Der Vorsitzende richtete dann an den Angeklagten die Frage, was er in bezug auf die Mitangeklagten wisse. Angeklagter: „Ich weiß nichts.“ Vorsitzender: „Dann müssen Sie inzwischen für Gebächnisse verloren haben, denn in der Voruntersuchung haben Sie vor allem Ihren Kameraden Malowski in schwerster Weise beschuldigt. Der Malowski soll auch einem der Getöteten die Schube ausgegossen haben.“ Angeklagter: „Das ist richtig.“ Vorsitzender: „Hat er nicht auch mit dem Dolch geschossen und das Kommando zum Hinlegen erteilt?“ Angeklagter: „Ich glaube wohl, daß ich das angegeben habe, kann es aber heute nicht aufrecht erhalten. Wenn ich alles aufrecht erhalten wollte, was ich damals in der Aufregung gesagt habe, so müßten mindestens 20 Personen mehr auf der Anklagebank sitzen.“

Der zweite der Angeklagten, der Vigelandebel Malowski, bekundet, daß er an dem Nordtore abends dienstfrei gewesen sei und im Kaffee Maria Theresia gefessen habe, als gegen 9 Uhr abends der Zug der Gefangenen vorübergekommen sei und ein Vigelandebel ihn gebeten habe, auf die Leute mit Obacht zu geben. Er sei dann bis zum Karolinenplatz mitgegangen. Er habe dann den Hauptangeklagten Müller in schwerer Weise. Müller habe sofort das Seitengewehr gezogen und auf dem Hof gleich mit dem Revolver geschossen. „Ich sah“ so erklärt Malowski weiter, wie Müller am tollsten zuschlug. Ich selbst habe nichts getan, sondern war lediglich bemüht, die Leute in Sicherheit zu bringen.“ Vorsitzender: „Sie sollen aber auch mitgearbeitet haben.“ Angeklagter: „Ich hätte kein Ehrgeschäft, wenn ich Leute erschossen hätte, die nichts getan haben.“

Der dritte Angeklagte Grabsch will in den Hof des Hoflokals gesteuert sein und hier auf dem Hof bereits sieben bis acht Mann erschossen gefunden haben. Müller habe gerade ein weiteres Opfer hinauf und brachte den Mann an die Mauer. Der Angeklagte Grabsch sagt aus, daß er Müller zurückhält, aber es war schon zu spät. Er hatte dem Mann bereits

Schläge über den Kopf gegeben, daß das Gehirn heraussprang. Da sich der Urkläglich noch etwas bemerke, gab er ihm einen Gnadenschuß. Weiter habe er nichts gemacht. Müller arbeitete geradezu wütend, mit dem Revolver, wie auch mit dem Seitengewehr. Gnadenschuß gibt an, er habe gesehen, daß den Toten Wertgegenstände abgenommen wurden. Nach meiner Ueberzeugung war Müller betrunken.

Der vierte und letzte der Angeklagten, Kreiner, erklärt, daß an dem Nordtore pro Mann ein halber Feld-Teller Wein verteilt worden sei. Er habe auch davon getrunken. Nachdem er in Gesellschaft Müllers das Restaurant „Zur Stadt Straßburg“ verlassen habe, hätten sie den Gefangenentransport getroffen, worauf Müller sich sofort absonderte und auch geschossen habe. Als er keine Patronen mehr hatte, nahm er sein Seitengewehr. Er selber habe nichts begangen,

Es wird dann in die Beweisaufnahme eingetreten. Der Gerichtsbarg befundet, daß der Angeklagte Müller wohl infolge der langen Fahrt und des Beingschusses erregt gewesen sein könne. Für sein Tun sei er jedoch verantwortlich.

Die Beweisaufnahme brachte zunächst die Vernehmung der Hauswirtschafterin Bacher. Sie bekundet, daß ihr Mann Führer des katholischen Hofes war. Die Soldaten drangen sofort mit dem Ruf: „Wo sind die Spartakisten?“ und „Hände hoch!“ in den Saal ein, so daß es gar nicht möglich war, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Der Zeuge Fischerpfele Acher hat den ganzen eckigen Zug nach dem Karolinenplatz und die Erschießungen auf dem Hof und im Keller miterlebt, ist dabei verwundet worden und wurde später von den Hinterbliebenen zum Vorführer ihrer Ansprüche an die Gardedivision ernannt. Er bekundet unter gleichzeitigen heftigen Angriffen gegen die Division, ihre Führer und Soldaten, daß die Zusammenkunft keineswegs politischer Natur gewesen sei. Die Soldaten hätten sich von Anfang an äußerst roh und brutal benommen. Sie zogen bereits im Hof ihre Revolver, gaben Schüsse ab und schlugen auf dem Transport mit den Häupten auf die Mitglieder des Vereins ein. Der Feldwebel Malowski habe sich besonders gemein betragen. Bei der Durchsichtung nach Waffen habe der Zeuge dem Hauptmann v. Sutterheim wiederholt erklärt, daß ein Irrtum vorliege, da man keine Spartakisten, sondern Gefangen vor sich habe. Der Hauptmann habe jedoch erklärt, das gleiche ihm nichts an, und buchte es auch, daß Malowski und dessen Leute auf die Gefangen einprügelten. Der ganze Transport sei begleitet worden von den Muten der aufgeregten Soldaten:

„Ihr werdet alle erschossen!“

Auf die Erklärung, daß sie Mitglieder des katholischen Vereins seien, habe man sie mit Ausdrücken wie „Katholische Schweinebande“ mißhandelt. Im Hof des Hauses am Karolinenplatz seien gleichfalls Schüsse. „Ich wußte nicht“, so erklärt der Zeuge, „daß in diesem Augenblick bereits einige meiner Freunde getötet wurden. In der Vorzeit stand Malowski. Wir wurden auf seinen Befehl nach Woffen durchsucht. Dabei bekam ich einen Schlag ins Gesicht, daß mir die Oberlippe blaute. Ich machte Malowski darauf aufmerksam und bekam als Antwort einen Stoß ins Gesicht, daß ich in den Keller fiel. Ich bilde mir nun ein, daß wir dort verhört werden würden. Das war jedoch nicht der Fall. Ich rief: „So weit ist es doch mit uns noch nicht gekommen in Deutschland, daß man uns ohne Untersuchung erschließen wird!“ Aber in diesem Augenblick knallten bereits mehrere Schüsse und ich sah, wie meine Freunde nach und nach umkamen. Der Hauptmann Sutterheim war in der Driener Straße zurückgeblieben. Er rief noch wiederholt, man solle auch dort vernähmen, aber die Leute waren wie wahnsinnig. Malowski hat auch mit dem Revolver in der Hand den Befehl zu unserer Niederschießung gegeben. Ich bin es

meinen Freunden schuldig, daß die ganze Schießerei hier aufgeführt wird.

Wir verlangen offenes Gericht und keine Vertuschungen, wie sie das Gericht der 2. Garde-Infanterie-Division in diesem Fall verübt hat. Wir müssen dieses Gericht dafür haftbar machen, daß nichts zur Aufklärung der Mordtat geschah ist. Ich will dem Volksgerecht keinen Vorwurf machen, weil wir noch nicht wissen, wie es urteilt wird, aber wir müssen das Gericht der 2. Garde-Infanterie-Division dafür haftbar machen, daß seine Chargen von oben bis unten und alle seine Leute verfaßt haben. Nichts ist von diesem Gericht geschah, um unsere armen Freunde zu retten, zu rehabilitieren und ihre armen Hinterbliebenen vor bitterer Not zu schützen. Nicht einmal eine Sektion der Leichen ist angeordnet worden. In höchster Erregung ruft der Zeuge aus: „Ja, meine armen Freunde, ich will euch rächen, ich habe gesehen, wie du, lieber Josef, als Leiche dalagst, der man die Nase ins Gesicht getreten hatte, und du, armer Klemens, dem man den Hinterkopf einfach weggeschlagen hatte. Ich richte die Frage an den Herrn Vorsitzenden: Wo ist das Sektionsprotokoll über den Leichenbefund?“ Vorsitzender: „Ich weiß, daß es nicht bei den Akten ist.“ Zeuge in höchster Erregung: „Rein, das ist es ja eben; die Garde-Division hat alles verheimlicht, was die Scheußlichkeit der Tat hier ans Licht bringen könnte.“

Ich hatte damals mit meinem Leben abgeschlossen, und nur dadurch, daß sich ein außerordentlich Gefährter fand, der mich unter den Toten und Schwerverletzten hervorog und laufen ließ

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript abgetragen von Germania zur Wähler. Genossin Mary Allen, die alle Menschen liebte, ergriff das Wort. — Wären diese Arbeiter in einer Grubenkatastrophe, die aus verdrängter Raskäufigkeit und Proflitstuch entstanden war, ungeskommen, wären sie an einer durch ihr Gewerbe verursachten Krankheit gestorben, wären sie in einem Jobtrifbrand getötet worden, weil es keine Notausgänge gab — niemand in Wall Street hätte ein Kriegsgericht angestimmt. Dies wußte jeder Sozialist, jedem Sozialisten war klar, die Ungeheuerlichkeit des „Lustania“-Verbrechens bestehe darin, daß es die Privilegierten berührt und beschädigt hat, jene Leute, die zählen, deren Namen in die Zeitung kamen, die von nichts, auch nicht vom Kriege, belästigt werden durften. Jimmie Higgins, der diese Worte verschlang, teilte seine Gefühle in Entsetzen über die Tat der Deutschen und in Wut über das Geschrei der Wall Street-Leute.

Dann sprach Emil Forster, und er wurde, wie stets, ruhig angehört. In diesem Streit, meinte er, hätten, wie bei jedem Streit, beide Parteien zugleich recht und unrecht. In der Frage lägen etliche amerikanische und englische Kinder gegen Millionen deutscher Kinder, welche die englische Regierung auszuheben wolle. Die britische Seemacht wolle sich behaupten — und es lag in ihrer Macht, den größten Teil der Presse zu beherrschen. England appellierte an das, was es „Geld“ nannte, das heißt, an jene Gebrauche, die ihm bisher bequem gewesen waren. Britische Kreuzer durften Schiffe anhalten und durchsuchen, Unterseeboote war das nicht gestattet. All die schönen englischen Worte über Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit liefen darauf hinaus, Deutschland seiner einzigen wirksamen Waffe zu berauben. Außerdem sei es noch fraglich, ob es ärger ist, Menschen rasch zu ertränken, als langsam verhungern zu lassen.

Nun kam die wilde Bill auf. „Diese Streitereien über Deutschland und England verunsichern mir Leib und Leben! Seht ihr denn nicht, ihr Idioten, daß ihr damit das Spiel eurer Herren spielt? Da streitet ihr untereinander,

anstatt die Arbeiter auszurüsten, euch für den wahren Kampf vorzubereiten.“ Starkewitz stimmte ihm bei: „Ich hasse den Krieg, weil er die Arbeiter uneinig macht. Der Krieg hat keine einzige gute Seite!“ Der wilde Bill lächelte sein schiefes Lächeln. „Das stimmt nicht, der Krieg gibt den Proletariaten Waffen in die Hand und lehrt sie den Gebrauch derselben. Wie, wenn sie eines Tages die Waffen rückwärts richten und ihre eigene Schlacht schlagen?“

III.

Genosse Gerrity rief zur Ordnung und versuchte, die Tagesfragen zu erledigen. Es wurde das Protokoll der vorhergehenden Versammlung verlesen, über die Aufnahme neuer Mitglieder abgestimmt, dann erhob sich Genossin Mary Allen, um für das Zeitungskomitee Bericht zu erstatten. Die Summe war beinahe, die erste Nummer des „Arbeiter“ würde im Verlauf der nächsten Woche erscheinen; nun gelte es für alle Mitglieder, die Propaganda der Zeitschrift zu betreiben. Genossin Mary, mit dem mageren, begeisterten Gesicht der religiösen Fanatikerin, steckte alle mit ihrem Enthusiasmus an.

Alle, außer dem Rechtsanwalt Norwood. Seit Dr. Service die Ortsgruppe verlassen hatte, war er der bauchschlächteste „proletarische“ Störenfried. Er erging sich nun in einer kleinen Rede. Die Mitteilung, daß das nötige Geld so schnell zusammengekommen sei, habe ihn angenehm überrascht, doch wären ihm auch gewisse Zweifel aufgestiegen; er habe Erkundigungen eingelesen und entdeckt, daß hinter der Sache ein Geheimnis stehe. Es war verflücht worden, die neue Wochenschrift werde den Streit der Empirer-Arbeiter lösen; und selbstverständlich wisse heutzutage jeder, wer die unheilvollen, gewaltigen Mächte sind, die in Munitionsfabriken Streiks organisieren.“

Der wilde Bill sprang von seinem Sitz auf. „Hat der Genosse etwas dagegen einzutenden, wenn die Munitionsarbeiter den Stillstandtag fordern?“

„Nein,“ entgegnete Norwood, „selbstverständlich nicht; wenn wir aber zusammen mit anderen in den Kampf ziehen, so müssen wir wissen, wer sie sind und was für Ziele sie verfolgen. Es wurde mir mitgeteilt — man scheint die Sache ungern zu sagen —, daß ein Mann eine große Summe gegeben hat, und niemand weiß, wer der Mann ist.“

„Es ist ein Organistator der A. F. L.“ krühte Jimmies Stimme durch den Raum. In seiner Erregung hatte er völlig sein Versprechen, das Geheimnis zu wahren, vergessen. „Wirklich?“ fragte Norwood, „wie heißt er?“

Keine Antwort.

„Hat er keine Papiere vorgezeigt?“

Erneutes Schweigen.

„Ich will keine Verdächtigungen...“

„O nein! Sie begnügen sich mit Andeutungen,“ wack der wilde Bill ein.

„Ich will nur, daß die Ortsgruppe genau wisse, worauf sie sich einläßt. Es ist in Desdoville kein Geheimnis, daß Geld vorausgibt wird, um in der Empirefabrik Unruhen anzuzetteln. Zweifellos ist das Geld bereits durch viele Hände gegangen, seitdem es aus den Taschen des Kaisers floß; doch dürfen wir gewiß sein, daß seine Hände es dem von ihm gewünschten Ziel zuführen.“

Wilder räum brandete auf. „Wuu!“ „Erbringen Sie Beweise!“ „Wart ihn hinaus!“ Die „wilderer“ Mitglieder hatten sich schon lange Norwoods entledigen wollen; dies schien eine günstige Gelegenheit zu sein.

Der junge Advokat jedoch beharrte auf seinen Worten, gab Schlag um Schlag zurück. Sie verlangten Beweise? Gätten sie von einer kapitalistischen Verführung erfahren, die bezweckte, die Gewerkschaften der Stadt zu vernichten, würden sie dann auch Beweise fordern? Und wenn der „Gerald“ in diesem Falle nach Beweisen fürte, was würden sie denken?

„Nurzum,“ brüllte Schneider, „Sie halten jeden Verdacht für gerechtfertigt, bloß, weil es sich um Deutschland handelt!“

„Ich weiß, daß er gerechtfertigt ist,“ erwiderte Norwood, „weil ein Streit! Deutschland zum Siege verbelfen würde. Da braucht man gar keine weiteren Beweise; verhilft eine bestimmte Seite Deutschland zum Siege, so weiß man, daß für sie gearbeitet wird. Für Deutsche wikt dies am allerbesten, ja, ihr seid sogar stolz darauf, prahl mit eurer Lähmigkeit!“

Wilder rief ein Wirt auf, diesmal aus Mary Allens Munde; sie hätten einen Chor erwartet zu haben, blühte sich verpörrt um, da alle schwiegen.

(Fortsetzung folgt.)

1. Aufnahme der §§ 15 und 16 (Ereignis- und Vermögensunterstützung), die rückwirkend ab 1. Oktober 1919 gelten.

Somit ist die Statutenänderung beendigt und der Verbandstag erkennt das neue Statut in der Abstimmung gegen 17 Stimmen an.

Nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses legt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: Vorsitzende: Reichel, Brandes, Dittmann; Kassierer: Werner, Schäfer; Sekretäre: Siefert, Zoh, Schlieffert, Bernice; Medizikure: Mich. Müller, Danke; Aufsicht: Lang, Baumann.

Brandes gibt im Namen des neu gewählten Vorstandes die Erklärung ab, daß er in seiner Gesamtheit gewillt ist und beabsichtigt, die Geschäfte des Verbandes zum Wohle der Arbeiterklasse durchzuführen. Er spricht die Hoffnung aus, daß der Vorstand hierbei auf die tätige Mitarbeit aller Kolleginnen und Kollegen rechnen kann.

Ein Antrag, den Kollegen Scherz zu beauftragen, die Geschichte des Verbandes zu schreiben, wird angenommen.

Darauf wird die Sitzung vertagt.

Gewerkschaftliches.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes Preussisch-Deutscher Lokomotivführer.

Ausschluß unserer Vertreter.

Anschließend an den am Dienstag stattgefundenen Verbandstag des Vereins Deutscher Lokomotivführer (Reichsverband), der die Umwandlung des Verbandes in eine Gewerkschaft beschloß, fand im Lehrervereinshaus eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes Preussisch-Deutscher Lokomotivführer statt, die Stellung zu den Beschlüssen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer nahm und die Auflösung des Verbandes beschloß.

Bereits gestern wurde versucht, unseren Pressevertreter hinauskomplimentieren mit der Mitteilung, die Presse sei nicht eingeladen und es würden nur „objektive“ Berichte gewünscht. Der Generalsekretär Döbling fügte hinzu, sie, die Lokomotivführer, hätten ihre „besondere“ Auffassung von einer Gewerkschaft. Immerhin konnte unser Berichterstatter an der Tagung teilnehmen. Die Delegierten der Preussisch-Deutschen Lokomotivführer als neugebilde „Gewerkschaftler“ beschloßen indessen am Mittwoch, daß unser Vertreter an den Verhandlungen nicht teilnehmen dürfe.

Unser Bericht über die Dienstprüfung ist nach ausdrücklicher Feststellung des Generalsekretärs Döbling (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) nach jeder Richtung hin durchaus objektiv.

Wir stellen fest, daß die bürgerliche Presse mit Berichten versehen worden ist. Die Tatsache, daß unser Vertreter ausgeschlossen wurde, läßt die angebliche politische Neutralität der „neuen“ eingetragenen Gewerkschaft in einem rechtsonderbaren Lichte erscheinen. Auch wir haben nunmehr unsere „besondere Auffassung“ von dieser „Gewerkschaft“.

Tariffbewegung der technischen Angestellten im Baugewerbe.

Zwischen dem Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin und dem Deutschen Techniker-Verband ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden. Für die Entlohnung wurden fünf Gruppen gebildet: Technische Hilfskräfte unter 20 Jahren 250 M., über 20 Jahren 300 M., Bautechniker (Anfänger) über 20 Jahren 600 M., fertige Bautechniker (nach drei Jahren Berufstätigkeit) 600 M., Selbständige Bautechniker (nach mindestens achtjähriger Berufstätigkeit) 750 M. Dazu kommen für Bau- und Bureauleiter besondere Funktionszulagen, deren Höhe frei zu vereinbaren ist. Alterszulagen und höhere als diese Anfangszulagen sind, weil von der individuellen Leistung des einzelnen abhängig, ebenfalls frei zu vereinbaren. Konjunkturaufschlag und geheime Abreden der Arbeitgeber sind durch den Vertrag ausgeschlossen. Im Krankheitsfall wird Gehalt im allgemeinen sechs Wochen, nach achtjähriger Tätigkeit im selben Betriebe drei Monate lang fortbezahlt. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird über den bereits bestehenden Schlichtungsausschuss als zweite Instanz noch ein Schlichtungsgericht im Sinne der Zivilprozessordnung gesetzt, dessen Sprüche für beide Teile verbindlich sind. Das Mitspracherecht der Angestellten ist unter Bezugnahme auf das kommende Betriebsratsgesetz geregelt. Die Angestellten werden in einer von dem jetzigen Vertragspartner, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten für Donnerstag, den 28. d. M., abends 7 1/2 Uhr, nach dem Nordischen Hof (gegenüber Stettiner Bahnhof) einberufenen großen öffentlichen Bautechniker-Versammlung, in welcher Architekt Heinrich Kaufmann über die Tarifbewegung spricht, zu dem Ergebnis der Verhandlung Stellung nehmen. Die Arbeitgeber wollen sich am Montag entscheiden.

Beendigung des Kohlelegerstreiks.

Zweck Beilegung der Differenzen im Kohlelegergewerbe wurde dem Reichsarbeitsamt ein Schlichtungsgericht eingesetzt, das am Montag nach langwierigen Verhandlungen einen Schlichtungsbescheid erließ. Danach beträgt jetzt der Einstellungslohn für: a) Vorkleinerungs-, Reinigungs- und Heizerkohleleger, sowie für Zuschaltante 3,20 M. pro Stunde, nach einer Beschäftigung von 2 Wochen 3,30 M.; b) Junggefehlen: 3,10 M. pro Stunde. Dieser Lohnsatz ist auch zu zahlen, wenn der Junggefelde zeitweise wieder als Heizer arbeitet; c) Heizer: 2,55 M., nach einer Beschäftigung von 2 Wochen 2,65 M.; wenn sie mit Kolonnenarbeitern beschäftigt werden, erhalten sie den Lohn der Kohleleger; d) Lehrlinge: 3 M. pro Stunde. Als Lehrlinge gelten ehemalige Heizer, die nach Maßgabe der Lehrlingsordnung im Kohleleger-Gewerbe Groß-Berlins beschäftigt werden; e) Lagerarbeiter, die aus dem Heizerstande hervorgegangen sind, werden wie Heizer entlohnt. Die Arbeitszeit bleibt bis zur bevorstehenden gesetzlichen Regelung, Festgeld- und Festgeldvergütung findet bis 1. Jan. außer der Vollringgrenze nicht statt. Sanktionen 5 M. pro Tag, bei einem Ausfall bis zu 6 Tagen 11 M. Ferien nach einem Jahr 1 Tage, nach zwei Jahren 4 Tage, nach drei Jahren 5 Tage, nach vier Jahren 6 Tage.

Alle am Streik beteiligten Arbeiter müssen nach Möglichkeit bei Wiederaufnahme der Arbeit wieder eingestellt werden. Nach-

regelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Diese Bestimmungen sollen rückwirkend vom 1. Oktober 1919 ab Geltung haben.

Eine Versammlung der streikenden Kohleleger und Heizer, die am Dienstag tagte, beschloß nach längerer Debatte, den Schlichtungsbescheid anzunehmen. Wenn die Bewegung auch nicht alle Hoffnungen und Wünsche erfüllt hat, so brachte sie doch einen erheblichen Erfolg. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt am Donnerstag, den 23. d. Mts.

An die Magistrats-Hilfskräfte!

Werte Kolleginnen und Kollegen! Und werden Schreiben vorgelegt, unterzeichnet vom Vorstand der Zentral-Streikleitung und dem Angestellten-Ausschuß der Gemeinde Adlershof, insofern, in welcher die Kollegen aufgefordert werden, zu den Unkosten des Streiks bestimmte Beträge einzuzahlen, da die Kasse der Streikleitung leer ist. Wir erklären hiermit, daß wir mit dieser Aufforderung nichts zu tun haben. Wir warnen im Gegenteil unsere Kolleginnen und Kollegen, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen. Soweit Mitglieder unseres Verbandes in Frage kommen, empfehlen wir ihnen, sich an uns zu wenden. Um eine Kontrolle für die noch ausgesperrten Kollegen - stattdessen zu lassen, erschießt auch, um das gesamte Material für deren Wiedereinstellung zu bekommen, findet am Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 2 Uhr, eine Versammlung aller noch ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen, in der Aula des Köpenicker Gymnasiums, Inselstraße 2/3, statt. Es ist Pflicht aller ausgesperrten Kollegen, dort zu erscheinen.

Zentralverband der Angestellten.

Der Streik der Antifer, Mittferer und Verlebarbeiter bei der Wirtschaftsgenossenschaft ist beendet. Die Arbeit ist am Mittwoch früh in voll umfänglicher Weise aufgenommen worden. Am Dienstag, den 21. d. M., hat nochmals eine Verhandlung mit der Direktion und dem Aufsichtsrat stattgefunden, wobei eine Einigung zustande kam. Ferner hat noch eine Verständigung zwischen den Streikenden und der Direktion betr. des während des 18-tägigen Streiks liegen gebliebenen Wälzlagers auf den Grundrissen stattgefunden, daß die Arbeiter sich verpflichtet, hat, diesen Fall innerhalb 14 Tagen mit beiderseitigen zu beilegen.

Groß-Berlin.

Die Maßregelung der Magistrats-Hilfskräfte.

In einem vom Magistrat herrührenden Artikel, der der Presse zur Veröffentlichung zuging, vertrat sich dieser gegen die Behauptung, daß er nur geweiht habe, einen großen Teil der Hilfskräfte weiter zu beschäftigen; es sei genau nach dem Beschluß der Großen Deputation verfahren worden. Dieser ging davon aus, daß die Hilfskräfte, welche sich dem Magistrat in der großen Arbeitsnot besonders am Gebiet der Lebensmittelversorgung freiwillig zur Verfügung gestellt haben, selbstverständlich nach dem Zeitpunkt der Beendigung des Streiks aus ihrer Beschäftigung zu entlassen seien. Lediglich die eine Anzahl der selben besetzt, welche nunmehr für zurückkehrende Hilfskräfte nicht verfügbar sind. Für anderweitige Beschäftigung dieser Hilfskräfte werde mit aller Beschleunigung getrachtet werden. Soweit sich die Zahl dieser Hilfskräfte erhöhen lassen, seien nur wenig über 200 Hilfskräfte unbedenklich, was sich im Vergleich zu der Gesamtzahl von 11 000 nur als verhältnismäßig gering darstelle. Insbesondere sei es durchaus unzureichend, daß der Magistrat die Gelegenheit benutze, um unbedeuten Angestellte, insbesondere Mitglieder von Angestellten-Ausschüssen, zu magern. Im Gegenteil sei den Verwaltungsstellen ausdrücklich zur Pflicht gemacht, daß die Wiedereinstellung von Streik gewesener Hilfskräfte nicht dazu benutzt werden dürfe, den bisherigen Mitgliedern von Angestellten-Ausschüssen wegen dieser ihrer Eigenschaften Bevorzugungen bei der Einstellung zu leisten. Beschwerden werden durch eine Bescheidungskommission des Magistrats untersucht und erledigt werden.

Wie man sieht, bekräftigt der Magistrat nur die Tatsachen, die er beizubringen will. Er darf sich allerdings auf einen Beschluß der Großen Deputation, den wir streng mißbilligen. Wir verurteilen Maßregelungen nach Streiks in jedem Falle, denn nicht der einzelne ist für den Streik verantwortlich, sondern die Gesamtheit der Streikenden. Eine heimliche Radikalität, wie sie hier vom Magistrat mit Unterstützung des Großen Ausschusses ins Werk gesetzt wurde, verdient scharfe Bekämpfung.

Die großen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung haben bereits zu dieser Frage Stellung genommen und entsprechende Anträge eingereicht. Dr. Wehl und Genossen (Unabh. Soz.) beantragen: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die in Folge des Ausbruchs der Durcheinanderwürfe zur Entlohnung der Angestellten ohne Schmälerung ihrer Bezüge und Rechte sofort wieder einzustellen und die als Ersatz neu angestellten Hilfskräfte sofort zu entlassen.“

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Stadtverordneten Barlow und Genossen (S. P. D.) hat folgenden Wortlaut: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die bei Beendigung des Ausbruchs der Durcheinanderwürfe entstandenen Streitigkeiten über Wiedereinstellung der Angestellten zum Gegenstand einer sofortigen Aussprache in der Großen Deputation zu machen.“

Beide Anträge werden bereits in der heutigen Stadtverordnetenversammlung zur Beratung gelangen.

Arbeiterbildungsschule der A. S. P.

Heute, Donnerstag, finden die zweiten Vorträge folgender Kurse statt: Die Internationalen. Vortragender Emil Eichhorn. Schullokal: Schul der Arbeiter-Bildungsschule, Schiedstraße 5/6, und Gewerkschaftsarbeit und Arbeiterbewegung. Vortragender Richard Seidel. Schullokal: Aula des Köpenicker Gymnasiums, Inselstraße. Jede Vorlesung beginnt um 7 Uhr abends. Hören können noch aufgenommen werden.

Samstag, den 26. Oktober, findet der erste Vortrag des Gewerkschaftslehres statt. Das Thema lautet: Einführung in das Verständnis für Volkswirtschaft. Vortragsvorträge werden die Ausführungen des Vortragenden illustrieren; Frau Hart zur Neben hat ihre Mitwirkung zugesagt. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. am Abend selbst im Vorverkauf.

„Im Namen des Kaisers!“

Ein Kriegsverlehter teilt uns mit, daß „im Namen des Kaisers“ des Kaisers und Königs“ ihm das sogenannte Bewunderungsabzeichen am 4. Oktober überreicht worden ist. Wie kann man sich darüber wundern! Wehret euch denn nicht noch immer der Weisheit und der Bitterkeit die militärischen Behörden!

Der kommunale Arbeiterrat Pankow ist, nachdem die Gemeindevertretung seine Finanzierung abgelehnt hat, vor neuen Aufgaben gestellt worden. In seiner letzten Sitzung erklärte Genosse Werten, daß seine Fraktion der Ansicht sei, die Entlohnung im Sinne der Gemeindevertreter pro Sitzung zu liquidieren. Sillier von der S. P. D. vertrat dieselbe Ansicht. Die S. P. D. erklärte, wenn sich die S. P. D.-Fraktion am Arbeiterrat beteilige, siehe sie im Widerspruch zu ihrer Partei, die die Finanzierung ebenfalls abgelehnt habe. Dieses sei ein Doppelspiel und fordere Konsequenzen. Nach Vertagung der Sitzung und Wiedereinstellung erklärte Sillier, daß nunmehr seine Freunde beschlossen haben, nach dem Beschluß seiner Partei aus dem Arbeiterrat auszutreten. Er sei zwar nicht der Ansicht, daß der Arbeiterrat überflüssig sei, sondern habe vor wie nach auf dem Standpunkt, daß der Arbeiterrat erprobliche Arbeit für die Pankower Arbeiterklasse geleistet hat und noch leisten könne. Entgegen allen Behauptungen, die sich im Bürgertum breit machen, könne und wolle er das feststellen. Es tue ihm bitter leid, aus einer Körperlichkeit scheiden zu müssen für die er mit regem Interesse gearbeitet habe, aber da nunmehr infolge des Beschlusses seiner Fraktion ein gedeckelter Arbeiterrat nicht mehr möglich sei, ziehe er den gefassten Entschluß vor. Er wünsche, daß der Arbeiterrat in der alten Weise weiter arbeite. Großes Bedauern über das Geschehene möge nicht vorliegen, sondern die Aufgaben an sich heranziehen lassen. Darauf verließen die Mitglieder der S. P. D. den Saal. Es wurde dann beschlossen, eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Diese findet am Sonntag, den 26. Oktober, mittags 12 Uhr, in Linders Konzertsaal, Breite Str. 34, statt. Referent: Richard Weiszer vom Volksgesundheitsrat Groß-Berlin.

Lebensmittellisten.

Berlin. Die Sonnabend in den Bezirken der 104., 176., 192. und 216. Brotkommission, bis Montag in den Bezirken der 87. und 88. Brotkommission und bis Dienstag in den Bezirken der 86., 88. und 90. Brotkommission pro Kopf 1 1/2 Gramm Käse.

Spandau. Donnerstag von 6 Uhr ab Verkauf von amerikanischen Schweineprodukten auf Feld 83 der Einfuhrbehörde. 125 Gramm Preis 1 M. Auf zwei über 1 1/2 Wochenmengen lautende Fleischabschnitte der Binnen-Schiffers-Lebensmittelliste 220 Gramm Schweineprodukte.

Aus den Organisationen.

Wahl! Radfahrer! Donnerstag, den 23. Oktober, morgens 10 Uhr, im Café Eldorado, Rannaboden- und Seebühnen-Platz, große öffentliche Versammlung für alle in den Radbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten. Tagesordnung: „Pressenatur und Verlagsausgaben.“ Referenten sind die Genossen Schneider und Reichsmitt. Sozialdemokratische Bezirksorganisation Berlin II. S. P. D.

4. Bezirk, 8. Abteilung. Donnerstag abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Lehndorff, Rantzenstraße 95.

8. Bezirk, 22. Abteilung. Donnerstag abends 7 Uhr in der Aula der Gemeindeschule, Tiltner Straße 4/5, wichtige Abteilungsversammlung.

12. Bezirk. Freitag abends 7 Uhr in der Schulaula Greifenhagener Straße 20, Mitglieder-Versammlung. Stellungnahme zum Parteitag. Delegiertenwahl zum Parteitag. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Niederbarmin Nord und Ost. Teilnehmer an dem Kurzus Mitteln. Zusammenkunft heute Donnerstag bei Schulz, Kronprinzenstraße 47 in Lichtenberg zwecks Entgegennahme von Literatur und Ausproben.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, Zusammenkunft der Zeitungskommission im Volkshaus, Stettinstraße. — 1. Gruppe: Das Gruppen-Berichtchen findet am Sonntag, den 26. Oktober, im Volkshaus, Köpenickerstraße 4, statt. Recht regen Besuch erwartet.

Charlottenburg. Aktionstag, Abt. Politik, 1. konstituierende Sitzung, Volkshaus, Freitag 7 1/2 Uhr.

Waldenburg. Sozialistische Lehrer und Lehrkräfte. Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Lang, Roggenbänkenstraße 10, Zusammenkunft.

Ober-Schönwitz. Donnerstag abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Aula des Realschulhauses. Vortrag des Gen. Brühl und Stellungnahme zum Parteitag.

Bereitschaften.

Zur Beachtung! Die Einsender von Bekanntmachungen im Vereinskalender werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft solche Bekanntmachungen nur Aufnahme finden können, wenn der Inkertionsbetrag beigefügt ist. In Anbetracht der gesteigerten Kosten müssen wir auch diesen Betrag etwas erhöhen, und zwar auf 1,50 Mark für jede Zeile. Die Bekanntmachungen dürfen den Raum von drei Zeilen nicht überschreiten, auch wird jede Bekanntmachung nur einmal aufgenommen.

Versammlung aller Kriegsberechtigten des Berner-Werks. Freitag 1/2 Uhr im Lokal von Lange, Rannaboden-Allee, Ecke Neulandstraße.

Kriegsberechtigten u. Hinterbliebenen der Km. Süd Spandau. Am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr findet in der Kantine, hinter Spelldamm, der Km. Süd eine Versammlung mit wichtiger Tagesordnung statt.

Deutsch-Österreichischer Freitag 1/2 Uhr im Restaurant Kallm. Jelenstraße 7, wichtiger Belegungs, so der die Aktion der Deutsch-Österreichischer des Internationalen Bundes der Kriegsberechtigten dringend eingeladen wird.

Internationaler Bund der Kriegsberechtigten, Ortsgruppe Reinickendorf, Reichs-Werk, Freitag, abends 7 Uhr im Restaurant Wörke, Schwanenstraße 67, Vertagung sämtlicher, bereits zurückgekehrter, kriegsgelangener Kameraden über Organisationsfragen, kommunale Revisionskommissionen, Hilfsauschuss und Verbleibendes. 8 Uhr Revisionskommissionen-Sitzung. Rechtsauskunft jeden Sonntag von 5-7 Uhr abends.

Arbeiter-Vanderverein „Berlin“. Sonntag, den 26. Oktober, Wanderung, Hausen, Pankowstation (Beschäftigung) — Jänkenkrug, Abt. 228 Köpenicker Hauptbahnhof. Gäste willkommen!

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Weiszer, Reuköln, Verlagsgesellschaft „Fischer“, e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Verlagsbuchhandlung und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 10.

Gründliche Mahnung an die Deutschen Hausfrauen!

Es gibt keine Krankheit, die so viele Frauen an ihrem Leben hindert, als die von Schmutz und Verfall des Hauses herkommende. Wie viele Frauen sind durch die Verfall des Hauses zu Bett gebracht worden, wie viele sind durch die Verfall des Hauses gestorben? — In diesen Tagen ist es wichtiger denn je, daß die deutsche Hausfrau sich über die Bedeutung der Sauberkeit im Hause im klaren ist.

Die Frau als Hausärztin!

Ein ärztliches Wissen kommt der Hausfrau sehr und sollte sie mit besonderer Berücksichtigung der Frauen- und Kinderkrankheiten, der Hygiene und der Ernährung des Kindes im Hause zu erlangen. In diesen Tagen ist es wichtiger denn je, daß die deutsche Hausfrau sich über die Bedeutung der Sauberkeit im Hause im klaren ist.

G. oser Prachtband m. 40. — mit halbjährlicher Lieferung 5 Mark. — Wenn verlangt, werden auch Bücher zum Kauf, siehe Verzeichnis.

Buchhandlung H. W. Jeller, Gernsdorf bei Berlin. — Postfach-Nr. 25524 Berlin NW 7.

Die angestrebte Reinigung des Hauses und seiner Räume ist ein wichtiger Bestandteil der Sauberkeit im Hause. In diesen Tagen ist es wichtiger denn je, daß die deutsche Hausfrau sich über die Bedeutung der Sauberkeit im Hause im klaren ist.

Die angestrebte Reinigung des Hauses und seiner Räume ist ein wichtiger Bestandteil der Sauberkeit im Hause. In diesen Tagen ist es wichtiger denn je, daß die deutsche Hausfrau sich über die Bedeutung der Sauberkeit im Hause im klaren ist.

Die angestrebte Reinigung des Hauses und seiner Räume ist ein wichtiger Bestandteil der Sauberkeit im Hause. In diesen Tagen ist es wichtiger denn je, daß die deutsche Hausfrau sich über die Bedeutung der Sauberkeit im Hause im klaren ist.

Die angestrebte Reinigung des Hauses und seiner Räume ist ein wichtiger Bestandteil der Sauberkeit im Hause. In diesen Tagen ist es wichtiger denn je, daß die deutsche Hausfrau sich über die Bedeutung der Sauberkeit im Hause im klaren ist.



Vergeudete Kraft!

Wenn Sie schwache Augen oder unpoßende Gläser haben, so müssen Sie sich weit mehr als ein Normallichter anstrengen. Trotzdem aber leiden Sie nicht isoliert, denn Sie werden zu sehr müde und leiden an Kopfschmerz und Abspanntheit. Sie vergeuden Ihre Kraft und setzen Ihre Nerven, ohne zu wissen, daß Ihnen weiter nichts fehlt als passende Augen Gläser. Wir wollen Ihnen kostenlos Ihre Augen mit Sorgfalt untersuchen und garantieren Ihnen die genau passende Gläser! Wenn Sie dann unsere Spezial-Gläser oder die noch besseren Sphäro-Gläser eine Probierung getragen haben, so werden Sie ebenfalls selbst wieder erkennen, wieviel leichter, tatkräftiger Sie sich fühlen, nachdem

Sie von der unnötigen Nebenanstrengung Ihrer Augen befreit sind.

Rostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Zuverlässigkeit aller Fassungen vom 22. 1909 an. Dafür erhalten Sie bei uns schon gute Kräfte oder Brillen (ohne Gläser) und noch dazu drei Jahre Garantie, das heißt „solange alle Reparaturen umsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Kontaktgläser, Schilde und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.



Optiker Ruhnke

- 21 Geschäfte:
- C. Spandauer, 44, nahe Oranienplatz
 - W. Köpenick, 118, nahe Köpenicker Br.
 - N. Köpenick, 72, Hauptstr. 104, n. Zimmert.
 - Friedenau, Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - Wilmersdorf, Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - Schöneberg, Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - 3. Köpenicker Br. 10, nahe Köpenicker Br.
 - Neukölln, Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - Spandauer, Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - Charlottenburg, Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - SW. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - N. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - O. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - SW. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - N. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - O. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - SW. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - N. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - O. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - SW. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - N. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.
 - O. Köpenicker Br. 18, gegenüber der Kaiser-Br.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Eulienstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9 bis 4 Uhr. • Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 27. Oktober 1919

- #### Bezirksversammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:
- Korben: Pharus-Gasse, Mühlentstraße 142, abends 6 Uhr.
 - Korben: Kulo der Realschule, Rheinische Straße 4/5, abends 7 Uhr.
 - Korben: Kulo der Schule Grünhofer Straße 5, abends 7 Uhr.
 - Korben: Kulo der Schule Springhiller Straße, abends 7 Uhr.
 - Charlottenburg: Volkshaus, Köpenicker Straße 4, abends 7 Uhr.
 - Westen, Schöneberg, Steglitz: Lindenpark, Schöneberg, Hauptstraße 13, abends 7 Uhr.
 - Steglitz: Gewerkschaftshaus, Engelhofer 15, Saal 4, abends 7 Uhr.
 - Neukölln: Oberschule, Engelhofer 15, Saal 4, abends 7 Uhr.
 - Ostern: Kulo der Realschule, Köpenicker Straße 57, abends 6 Uhr.
 - Eichenberg: Café Bellevue, Hummelstraße, Bahnhofsstraße, abends 7 Uhr.
 - Steglitz: Kulo der Schule, Köpenicker Straße 4, abends 7 Uhr.
 - Westen: Zum Prälator, Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.
 - Zehl: Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.
 - Schwandorf: Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.
 - Ober-Schwandorf: Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.
 - Steglitz: Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.
 - Steglitz: Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.

Am Dienstag, den 28. Oktober 1919, abends 6 Uhr.

- Spandauer: Kulo der Oberschule, Mühlentstraße, Lagerabteilung in allen Versammlungen:
1. Bericht über den Verband.
 2. Stellungnahme zur Arbeit.
 3. Ohne Mitgliedschein kein Zutritt!
- Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelhofer 15, Saal 4.

Generalversammlung

1. Bericht vom 2. Quartal: a) Geschäftsbildung, b) Kassenbericht.
 2. Wahl eines Mitgliebes zur Ortsverwaltung.
 3. Die finanzielle Lage und die Staats- und Gemeindearbeiter.
 4. Verbandsangelegenheiten.
- Ohne Legitimation kein Zutritt! Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten

Ortsgruppe: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 7-10.
Für die Angestellten im Gewerbe findet am

Donnerstag, den 23. Oktober 1919, abends 7 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

in welcher Stellung zu dem Tarifvertrag genommen werden soll.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen dort zu erscheinen.
Nachgruppe 12.

Achtung! Arbeiter-Betriebsräte

(Arbeiter, Angestelltenausschüsse, Funktionäre) der gesamt. Eisen- u. Bauindustrie.
Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 8 Uhr, findet in den Sophienkafé, Sophienstraße 18, eine

große Funktionärversammlung

der gesamten Eisen- und Bau-Industrie.
Tagesordnung:
Der Zusammenkunft in der Eisen- u. Bau-Industrie.

Bei der Wahl der Tagesordnung in vollständiger Öffentlichkeit

Wahlgruppe 12, Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.

In Kürze vorrätig: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

nach den amtlichen Aktenstücken zusammen-angestellt von **Karl Rauterly**
herausgegeben von Graf v. Helldorf und Professor Walter Schöcking

I. Band: Vom Eintritte in Serbien bis zum Eintritte der serbischen Antwort.

II. Band: Vom Eintritte der serbischen Antwort bis zur deutschen Kriegserklärung an Russland.

III. Band: Von der Kriegserklärung an Russland bis zur Kriegserklärung an Frankreich.

IV. Band: Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Russland.

Jeder Band zirka 5 Mark
Vorbestellung notiert
BÜCHER-ABTEILUNG
Kaufhaus des Westens
G. m. b. H. BERLIN W 50

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 7 Uhr
Kombinierte Versammlung

famblicher Steinarbeiter Berlin
in der Sophienkafé, Sophienstraße 18, 2. und 3. Stockwerk
Tagesordnung:
Die angebrachte Kassenprüfung der Steinarbeiter Berlin.
Der 24. Oktober findet kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Section 5. Transport-, Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie.

Große St. und Mitglieder-Versammlungen.

Am Sonntag, den 26. Oktober 1919, vormittags 9 1/2 Uhr in nachstehenden Lokalen:

- Für Oberschwandorf und Umgebung in Röhrens-Blumengarten, Oberschwandorf, Ostendstraße.
- Für Steglitz und Umgebung im Café Bellevue, Hauptstraße 2.
- Für Berlin-Ostern in den Präfekten des Ostern, Hauptstraße 47.
- Für Berlin - Zentrum, Gewerkschaftshaus, Engelhofer 15/16, Saal 4.
- Für Korben in Seibels Präfekten, Köpenicker Straße 23.
- Für Korben, Brauerei Pagenhofer, Köpenicker Straße, Ecke Köpenicker Straße.
- Für Köpenick und Köpenicker Br. in Köpenicker Br. 18, großer Saal.
- Für Charlottenburg und Umgebung, Volkshaus, Köpenicker Br. 18.

Zutritt zur Versammlung erhält, wer sich durch seine Mitgliedskarte und Mitgliedsbuch ausweisen kann. Ohne Legitimation kein Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Die Sektionsleitung, J. K. Rauterly.

Zentralverband der Angestellten

Section der Angestellten im Zeitungs- und Verlagswesen.
Freitag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Die Tarifbewegung. Ref.: Kollege Publit.
 2. Bildung der Section der Zeitungs-angestellten.
 3. Wahl der Sektionsleitung.
- Erfahrungen aller Kollegen erforderlich.
Mitgliedsbuch und Armeenausweis sind vorzubringen.

Bekanntmachung.

Die in unserer Bekanntmachung vom 8. Oktober 1919, betreffend die Ausstellung der Odenheiden festgesetzten Termine müssen durch den Streik der Hilfskräfte folgende Veränderung erfahren:

1. Soweit die Abholung der Odenheiden auf den Brückenkommisionen durch die Hausbesitzer in der Zwickauerstraße nicht schon erfolgt ist, sind die Hausbesitzer verpflichtet, die Karten umgehend von den Brückenkommisionen abholen zu lassen und sie am Donnerstag, den 23. Oktober 1919, und Freitag, den 24. Oktober 1919, von 9-11 Uhr vormittags und 6-8 Uhr abends an der von ihnen bekannt zu machenden Stelle für die Abholung zu stellen zu lassen. Karten, die bis Freitag abends von den Brückenkommisionen nicht abgeholt worden sind, müssen im Laufe des Sonnabends, 25. Oktober, der Brückenkommision zurückgegeben werden. Zusammen mit diesen nicht abgeholt Karten müssen auch die Brückenkommisionen am Sonnabend an die Brückenkommision zurückzugeben.
2. In den übrigen Eingelassen mit der Bekanntmachung vom 8. Oktober aufrecht zu halten, insbesondere bleibt es dabei, daß Einsprüche gegen die Aufstellungen der Odenheiden nur durch den Hausbesitzer, welcher dafür einen besonderen Nachweis erbracht zu machen sind, und daß Einsprüche, ob mündlich oder schriftlich, in unserer Zentrale nicht vor dem 12. November bearbeitet werden können.
3. Wegen des übertriebenen Andranges wird im Interesse geregelter Besorgung dringend ersucht, Einsprüche möglichst weit hinaus zu stellen.
Berlin, den 22. Oktober 1919
Stahlhütten-
Deputation für die Kohlenversorgung,
Zwickauer

4 Morgen gutes Grundland

in der Provinz Pommern, 2000 m, bei 1000 m Anzucht zu verkaufen. Bahnhofs-Verwaltung, Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.

Lehrlinge, welche Lust haben

in der Provinz Pommern, 2000 m, bei 1000 m Anzucht zu verkaufen. Bahnhofs-Verwaltung, Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Ferner

Ernst Richter

am 15. d. M. - der Schloßer
Albin Naumann
Ob-Schwandorf, am 8. d. M. - die Arbeiter
Kedwig Weber
Nachruf, 14. am 17. d. M. - verstorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Verein der Freidenker

für Feuerbestattung e. V.
Sitz Berlin
Geogr. 1903

Kermann Heinze

am 18. Oktober verstorben sind.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung

K. P. D. Bezirk 13

Charlottenburg.
Am 19. d. M. verstorben sind.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Franz Fuhrmann

am 19. Oktober verstorben sind.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Friedrich Schrader

am 19. Oktober verstorben sind.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Willy

am 19. Oktober verstorben sind.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Familie Siegel

am 19. Oktober verstorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Lehrlinge, welche Lust haben

in der Provinz Pommern, 2000 m, bei 1000 m Anzucht zu verkaufen. Bahnhofs-Verwaltung, Köpenicker Br. 18, abends 7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Ferner

Ernst Richter

am 15. d. M. - der Schloßer
Albin Naumann
Ob-Schwandorf, am 8. d. M. - die Arbeiter
Kedwig Weber
Nachruf, 14. am 17. d. M. - verstorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung

Zentralverband der Angestellten

Section der Angestellten im Zeitungs- und Verlagswesen.
Freitag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
Die Tarifbewegung. Ref.: Kollege Publit.
Bildung der Section der Zeitungs-angestellten.
Wahl der Sektionsleitung.
Erfahrungen aller Kollegen erforderlich.
Mitgliedsbuch und Armeenausweis sind vorzubringen.